



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt



Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005



Zukunft Basel konkret

Zukunft Basel konkret

Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005

Impressum

Herausgeber:	Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
Redaktion:	Amt für Umwelt und Energie, Baudepartement des Kantons Basel-Stadt Statistisches Amt, Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt
Layout/Grafik:	Statistisches Amt, Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt Sprenger Grafikdesign, Basel (Titelgrafik) Christine Götti, querformat, Birsfelden (Grafik S. 7)
Fotos:	Stadtmarketing Basel (Umschlag, S. 26, S. 42) Vivico Real Estate GmbH, Basel (Umschlag, S. 10)
Auflage und Druck:	1 500 Exemplare, Kreis Druck AG, Basel
Copyright:	Kanton Basel-Stadt Abdruck unter Angabe der Quelle gestattet
Bezugsquellen:	Staatskanzlei Basel-Stadt, Rathaus, 4001 Basel Tel. 061 267 81 81, E-Mail: info@bs.ch Stadtladen, Marktplatz, 4001 Basel Tel. 061 267 64 80, E-Mail: stadtladen@bs.ch Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt, Hochbergerstr. 158, 4019 Basel Tel. 061 639 22 22, E-Mail: bdaue@bs.ch Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Binningerstr. 6, 4001 Basel Tel. 061 267 87 27, E-Mail: stata@bs.ch
Internet:	Der Bericht ist elektronisch verfügbar unter: www.statistik.bs.ch/kennzahlen/nachhaltigkeit Der erste Bericht zur nachhaltigen Entwicklung erschien im Jahr 2001 mit dem Titel «Zukunft Basel» und ist ebenfalls verfügbar unter: www.statistik.bs.ch/kennzahlen/nachhaltigkeit
Preis:	CHF 10.-

Inhalt

Inhalt.....	3
Zusammenfassung	6
Um was es bei der Nachhaltigkeit geht	7
Wieso sich Basel-Stadt nachhaltig entwickeln will.....	8
Indikatoren zur Wirtschaft.....	11
Wertschöpfung	12
Erwerbstätigenquote	14
Beschäftigungsentwicklung	16
Arbeitslosenquote.....	18
Firmengründungen	20
Nettoschuldenquote	22
Steuereinnahmen	24
Indikatoren zur Umwelt.....	27
Luftqualität.....	28
Wasserqualität.....	30
Wasserverbrauch	32
Lärmbelastung.....	34
CO ₂ -Emissionen	36
Abfall	38
Bodenversiegelung.....	40
Indikatoren zur Gesellschaft	43
Altersquotient	44
Existenzsicherung	46
Gesundheitszustand.....	48
Integration	50
Lohngleichstellung.....	52
Gewaltstraftaten	54
Zufriedenheit	56
Fazit.....	58

Vorwort

Vor vier Jahren haben wir im Bericht «Zukunft Basel» konkrete Ziele bestimmt, welche die nachhaltige Entwicklung von Basel-Stadt definieren. Um objektiv beurteilen zu können, ob diese Ziele erreicht werden konnten, wurde ein Set von verschiedenen Indikatoren zusammengestellt, die nun im vorliegenden Bericht zum ersten Mal in dieser Form detailliert beschrieben werden. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass wir uns an den eigenen Ansprüchen messen können.

Mit Befriedigung stellen wir fest, dass der Kanton Basel-Stadt auf dem richtigen Weg ist. Zu diesem Schluss kommen wir nach der Analyse von 21 Indikatoren aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Es zeigt sich aber auch, dass es noch nicht an der Zeit ist, sich auf dem Erreichten auszuruhen und dass in den nächsten Jahren noch einiges an Arbeit auf uns zukommen wird. Mit einer nachhaltigen Entwicklung sollen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der Schutz der Umwelt und der Ausgleich gesellschaftlicher Prozesse ausgewogen gefördert werden. Und zwar so, dass aktuelle Bedürfnisse befriedigt werden können, ohne dass dadurch die Befriedigung der Bedürfnisse künftiger Generationen gefährdet werden. Besonderes Gewicht legen wir auf die Erkenntnis, dass Nachhaltigkeit nur durch partnerschaftliches Vorgehen erreichbar ist. Die Förderung der Nachhaltigkeit ist nicht nur eine staatliche Aufgabe, sondern braucht die Unterstützung von Part-

nern aus der Wirtschaft, von Nichtregierungsorganisationen, von Interessengruppierungen und schliesslich von der ganzen Bevölkerung. Das Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung zeichnet sich nicht primär durch eine Fülle von Massnahmen aus, sondern durch eine Haltung, die dem politischen Handeln Leitplanken bietet. Dieser Haltung, die wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Aspekte gleichberechtigt berücksichtigt, fühlt sich der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt verpflichtet. Ausdruck davon ist die Integration der wichtigsten Nachhaltigkeitsindikatoren in den Politikplan. So werden die Nachhaltigkeitspostulate in die politische Planung integriert.

Der vorliegende Bericht macht transparent, wie der Regierungsrat die nachhaltige Entwicklung messen will, wo die wesentlichen Handlungsbereiche bestehen, wo Erfolge zu verzeichnen sind und wo Defizite bestehen. Er geht über eine reine Bestandesaufnahme hinaus und will die Basis für ein gemeinsames Verständnis der Nachhaltigkeit schaffen. Denn es gilt, gemeinsam erarbeitete Ziele zu verfolgen. Wir übernehmen mit diesem Bericht auch die Verpflichtung, zur Konkretisierung nachhaltiger Entwicklung beizutragen. Diesem Schritt werden weitere folgen müssen. Wir laden alle interessierten Personen und Institutionen aus Wirtschaft, Umweltschutz und Gesellschaft ein, diesen Weg partnerschaftlich zu beschreiten.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt



Jörg Schild
Vorsteher
Sicherheitsdepartement



Dr. Ralph Lewin
Vorsteher Wirtschafts-
und Sozialdepartement



Barbara Schneider
Vorsteherin
Baudepartement



Dr. Carlo Conti
Vorsteher
Gesundheitsdepartement



Dr. Christoph Eymann
Vorsteher
Erziehungsdepartement



Dr. Eva Herzog
Vorsteherin
Finanzdepartement



Dr. Guy Morin
Vorsteher
Justizdepartement

Basel, im Oktober 2005

Zusammenfassung

Der Kanton Basel-Stadt verfolgt das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Welche Fortschritte der Kanton bereits erzielt hat, wird mit 21 Indikatoren gemessen. Für die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft werden konkrete Zahlen angegeben, die auch Vergleiche über die Zeit erlauben. Angaben zu den Zielen und Handlungsmöglichkeiten für Basel-Stadt runden die Übersicht ab.

Die Auswahl der 21 Indikatoren erfolgte aufgrund von Erfahrungen anderer Städte und in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich. Die Beschränkung auf 21 Indikatoren – sieben pro betrachteten Bereich – erlaubt es, klare Aussagen zu machen und verhilft den Entscheidungsträgern/-innen sowie der interessierten Öffentlichkeit rasch zu einem guten Überblick.

Wirtschaft

Die Indikatoren Wertschöpfung, Steuereinnahmen und Erwerbsquote lassen auf eine nachhaltige Entwicklung schliessen. Die Arbeitslosenzahl ist in den letzten Jahren angestiegen, scheint sich aber nun zu stabilisieren. Die Verschuldung des kantonalen Finanzhaushalts ist relativ gesehen stabil bis leicht rückläufig. Damit ist das Postulat, dass eine nachhaltige Entwicklung die künftigen Generationen nicht stärker vorbelasten darf, erfüllt.

Umwelt

Im Umweltbereich entwickeln sich Wasserqualität, Wasserverbrauch und Abfallmenge positiv. Auch bei der Luftqualität und den Treibhausgas-Emissionen sind Teilerfolge zu verzeichnen, aber die Verbesserungen werden durch das wachsende Verkehrsvolumen und den erhöhten Energieverbrauch wieder abgeschwächt. Dauerbrenner bleibt das Thema Lärm. Hier wirkt sich die Zunahme der Mobilität aus, welche eine echte Lärmentlastung sehr erschwert.

Gesellschaft

Der Gesundheitszustand der Basler Bevölkerung ist gut, die überwiegende Mehrheit der Menschen lebt gerne hier und ist zufrieden mit den Lebensumständen. Diese mehrheitlich positive Einstellung ist eine wichtige Basis für die nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung. Anlass zur Besorgnis besteht jedoch aufgrund der stetig zunehmenden Zahl von Sozialhilfebedürftigen. Die unterdurchschnittliche Vertretung ausländischer Jugendlicher an den Gymnasien, Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau sowie die zunehmende Zahl der Gewaltstraftaten zeigen deutlich, wo gehandelt werden muss. Hier ist der Stand noch unbefriedigend.

Abschliessend kann gesagt werden, dass in allen drei Bereichen Entwicklungen im Sinne einer nachhaltigen Zukunft zu erkennen sind, wenngleich einzelne Indikatoren deutliche Defizite aufweisen.

Die nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Stadt wird durch die Weiterführung des vorliegenden Monitorings auch in Zukunft beurteilt. Ein Bilanzbericht in der vorliegenden Form ist alle vier Jahre vorgesehen. Die jeweils aktuellsten Kennzahlen sind auf der Homepage des Statistischen Amtes publiziert. Zusätzlich sind ausgewählte Indikatoren Bestandteil des Politikplans und somit integriert im mittelfristigen Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates.

Um was es bei der Nachhaltigkeit geht

Was ist Nachhaltigkeit?

Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung hat 1987 eine Definition für nachhaltige Entwicklung geliefert, die bis heute gültig und weltweit anerkannt ist: «Nachhaltig ist eine Entwicklung, wenn sie gewährleistet, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen.»

Nachhaltige Entwicklung ist zu einem zentralen Thema geworden. Ein Thema von globaler Dimension, das aber auch auf lokaler Ebene entscheidende Impulse fordert. Nachhaltige Entwicklung stellt nicht einen neuen Politikbereich dar, sondern ist als Prozess zu verstehen, der die Schlüsselbereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales konsequent zu verknüpfen versucht und auf Partnerschaft mit Wirtschaftsverbänden, Nichtregierungsorganisationen und auf die Partizipation der Bevölkerung setzt. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Verantwortung und gesellschaftliche Solidarität stehen im Vordergrund. Vorhaben, die in diesen drei Schlüsselbereichen positive Effekte erzielen, sind langfristig die tragfähigsten Lösungen.



Worum geht es in diesem Bericht?

Der Bericht «Zukunft Basel konkret – Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005» beleuchtet die nachhaltige Entwicklung im Kanton Basel-Stadt mit je sieben Indikatoren aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Die Themenpalette reicht von der Arbeitslosenquote über die Luftqualität bis hin zur Zufriedenheit der Bevölkerung. Die insgesamt 21 Indikatoren

zeigen die Entwicklung in der Vergangenheit bis 2004 auf und sollen den Blick für wesentliche, langfristige Veränderungen schärfen.

Was bezweckt dieser Bericht?

Dieser Bericht soll dazu beitragen, dass politische Entscheidungen über mittlere Frist nicht zu Lasten einer der drei Dimensionen gehen. Auch künftig wird gemessen werden müssen, inwiefern sich Basel-Stadt nachhaltig entwickelt. Das Monitoring mit den 21 Indikatoren ermöglicht es, einen aktuellen – und durch Weiterführen der Zeitreihen auch einen zukünftigen – Überblick über diese Entwicklung zu erhalten. Ausgewählte Indikatoren sind zusätzlich Bestandteil des Politikplans. So wird die strategische Leitlinie der nachhaltigen Entwicklung optimal in das zentrale mittelfristige Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates integriert.

Wie ist der Bericht aufgebaut?

Nach Vorwort, Zusammenfassung und Einleitung folgt ein Überblick zum Thema Nachhaltigkeit im Kanton Basel-Stadt (Seite 8).

Im Hauptteil (Seiten 11 bis 57) ist jedem Indikator eine Doppelseite gewidmet, die immer gleich aufgebaut ist: Auf der linken Seite werden der Stand der Dinge gezeigt und ein Blick in die Zukunft gemacht. Am unteren Seitenrand stehen Erläuterungen zum Indikator, die Datenquelle sowie Bezugsmöglichkeiten für weiterführende Informationen. Auf der rechten Seite zeigt die oberste Abbildung den jeweiligen Indikator, wo möglich im zeitlichen Verlauf. Weitere Grafiken sorgen für zusätzliche Erläuterungen und eine vertiefte Analyse.

Ein Fazit mit Aussagen zum künftigen «Nachhaltigkeitskurs» des Kantons Basel-Stadt rundet den Bericht ab (Seite 58).

Wieso sich Basel-Stadt nachhaltig entwickeln will

Weshalb ist Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema für Basel-Stadt?

Die nachhaltige Entwicklung will wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern, menschliches Wohlbefinden und Gerechtigkeit stärken sowie Lebensgrundlagen für Mensch und Natur erhalten. Das sind auch die langfristigen Anforderungen an einen starken, attraktiven und zukunftsfähigen Kanton und deshalb ein überzeugendes Konzept für die Entwicklung von Basel-Stadt.

Der Kanton Basel-Stadt ist flächenmässig sehr klein. Deshalb prallen unterschiedliche Bedürfnisse von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt direkter aufeinander als andernorts. Das erfordert immer wieder tragfähige oder – anders ausgedrückt – nachhaltige Lösungen. Immer wieder müssen politische Entscheidungen getroffen werden, die nicht alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gleichermassen berücksichtigen. Ziel der Politik muss es sein, dass die Auswirkungen der Summe der Entscheidungen über mittlere Frist nicht zu Lasten einer der drei Dimensionen gehen. Dieser Bericht soll dazu beitragen, den Überblick zu behalten.

Umweltschutz hat in Basel-Stadt grosse Tradition. So entstand hier beispielsweise vor rund 20 Jahren eines der ersten kantonalen Energiegesetze. Es ermöglicht bis heute eine grosszügige Förderpolitik, von der Umwelt, Bevölkerung und Gewerbe gleichermassen profitieren. Ähnlich folgen verschiedene andere Basler Umweltprojekte den Leitlinien der Nachhaltigkeit und sollen ihre Wirkung auch künftig entfalten können.

Typisch für Basel sind gesellschaftliche und kulturelle Errungenschaften wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Dreiländereck, die breite Abstützung und grosszügige Förderung der Kultur sowie ein forschungs- und wissenschaftsfreundliches Umfeld. Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit lassen sich diese Vorzüge bestens weiterentwickeln und miteinander verknüpfen.

Was hat Basel-Stadt bisher geleistet?

Vor vier Jahren haben das Baudepartement und das Wirtschafts- und Sozialdepartement den Bericht «Zukunft Basel» herausgegeben. Er diente als erste Standortbestimmung und zeigte auf, was nachhaltige Entwicklung für Basel-Stadt bedeutet. Der Bericht legte für die drei Schlüsselbereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales übergeordnete, langfristige Ziele fest. Die Entwicklung kann dann als nachhaltig bezeichnet werden, wenn gleichzeitig in allen drei Bereichen die Ziele erreicht werden.

Die Basler Ziele der nachhaltigen Entwicklung

Ökonomische Ziele:

- Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Basel unter Beibehaltung einer hohen Wertschöpfung
- Innovationsfördernde Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich Bildung, Wissenstransfer und Industrie
- Eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, welche zukünftige Generationen nicht stärker belastet
- Geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad in der Region Basel

Ökologische Ziele:

- Verminderung der lokalen Emissionen in Luft, Wasser und Boden sowie Vermeidung zukünftiger Altlasten
- Reduktion der Lärmbelastung für die Bevölkerung, insbesondere beim Wohnen, aber auch bei der Arbeit und in der Freizeit
- Verminderung des Ressourcenverbrauchs (Wasser, Energie, Stoffe, Bodenfläche) und der Abfälle
- Erhaltung und Förderung der lokalen Artenvielfalt (Flora und Fauna)

Gesellschaftliche Ziele:

- Existenzsicherung für alle Gruppen der Bevölkerung
- Gut ausgebaute Grundversorgung im Gesundheitswesen für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons
- Integration der ausländischen Bevölkerung
- Gleichstellung von Frau und Mann

Die vor vier Jahren gesteckten Ziele haben ihre Gültigkeit grösstenteils behalten. Aufgrund der zwischenzeitlichen Entwicklung werden sie mit den Forderungen nach höherer Sicherheit, grösserer Zufriedenheit in der Bevölkerung und gesunden Lebensbedingungen ergänzt.

Wo stehen wir heute?

Erstmalig steht dem Kanton Basel-Stadt nun ein indikatorgestütztes Monitoring zur Verfügung, um die nachhaltige Entwicklung zu messen und über die Zeit zu verfolgen. Und obwohl wir erst am Anfang der Nachhaltigkeitsdiskussion stehen, gibt es bereits zahlreiche Projekte, die der nachhaltigen Entwicklung dienen und zu einer zukunftsbeständigen Gesellschaft führen. Diese

Beispiele machen deutlich, dass der Begriff des nachhaltigen Handelns langsam konkrete Züge annimmt:

«Pilotregion Basel – Die 2000-Watt-Gesellschaft». Eine Partnerschaft von ETH und Basel-Stadt, unter anderem mit den Stadtentwicklungsprojekten DB-Areal, äusseres St. Johann, Gundeldinger Feld und dem Programm «5000 Wohnungen für Basel» (Bezug zur Nachhaltigkeit: Beschäftigung, Energieeffizienz, Umnutzung/Verdichtung, attraktiver Wohnraum/gute Steuerzahler/-innen).

«Deep Heat Mining», der beschlossene Bau eines Erdwärme-Kraftwerks, das mit Bohrungen bis in 5000 Meter Tiefe Strom und Wärme gewinnen wird (Bezug zur Nachhaltigkeit: Ressourcenschonung, CO₂-Emissionen, Innovation).

Die Einführung von Tempo 30 in verschiedenen Basler Quartieren (Bezug zur Nachhaltigkeit: Lärm- und Luftbelastung, Verkehrssicherheit).

Die erfolgreiche Wirtschaftsförderung mit Dienstleistungen für Firmengründungen und Niederlassungen in der Region Basel (Bezug zur Nachhaltigkeit: Firmengründungen, Standortmarketing, Arbeitslosenquote, Steuereinnahmen).

Der Luftreinhalteplan der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft 2004 als verwaltungsinternes Koordinationsinstrument für die Luftreinhaltung (Bezug zur Nachhaltigkeit: Luft- und Lebensqualität, Gesundheitskosten).

Die Bespielungspläne für den öffentlichen Raum. Ein Instrument zum Umgang mit verschiedenen Ansprüchen in einer lebendigen Stadt mit hoher Wohnqualität (Bezug zur Nachhaltigkeit: Lärm, Zufriedenheit).

Werkstadt Basel. Das 1999 definierte «Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel» (APS) befindet sich in der Umsetzung. Wichtiger Bestandteile sind z.B. die Projekte im Rahmen der Wohnumfeldaufwertung (Bezug zur Nachhaltigkeit: Luft, Lärm, Wohnraum, Steuerzahler).

Das Set der Indikatoren

Der vorliegende Bericht versucht aufzuzeigen, ob und wie sich der Kanton Basel-Stadt in den letzten Jahren seinen Zielen der Nachhaltigkeit genähert hat. Um die qualitativen Ziele messbar zu machen, werden ihnen messbare Grössen zugeteilt, die sogenannten Indikatoren. Jeder Indikator steht also stellvertretend für ein Themenspektrum der Nachhaltigkeit und soll dieses möglichst genau in Zahlen abbilden.

Obwohl bezüglich Nachhaltigkeit eine Vielzahl von Messgrössen beobachtet werden könnte, wurde die Anzahl der Indikatoren auf ein überschaubares, aussagekräftiges Set eingeschränkt. So ist es möglich, einen raschen Überblick über die Situation zu erhalten und die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Entwicklung aufzuzeigen.

Bei der Auswahl der Indikatoren wurde auf die Erfahrungen anderer Städte zurückgegriffen und die Arbeiten erfolgten in enger Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Stadtentwicklung der Stadt Zürich. Bei der Auswahl der Indikatoren wurden die folgenden Kriterien angewendet:

- aussagekräftig
- durch die kantonale Politik beeinflussbar
- Daten verfügbar
- verständlich
- Vergleichbarkeit mit anderen Städten
- Abdeckung aller Nachhaltigkeitsbereiche
- weit gehende Unabhängigkeit der Indikatoren untereinander
- überschaubar



Indikatoren zur Wirtschaft

Wertschöpfung

Erwerbstätigenquote

Beschäftigungsentwicklung

Arbeitslosenquote

Firmengründungen

Nettoschuldenquote

Steuereinnahmen

Wertschöpfung

Die von den Unternehmen generierte Wertschöpfung pro Kopf – auch Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf genannt – ist ein Abbild der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kantons Basel-Stadt. Diese soll auch im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung weiterhin steigen und zur Erhaltung des Wirtschaftsstandorts Basel beitragen. **Notabene: Ein steigendes Bruttoinlandprodukt muss nicht immer nachhaltig sein. Auch aus einer nachhaltigen Sicht negativ zu beurteilende Kosten können zu einem steigenden BIP beitragen.**

Ziel: Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Basel unter Beibehaltung einer hohen Wertschöpfung

Zum Stand der Dinge

Pro Kopf wurden in Basel im Jahr 2004 rund 142 300 Franken erwirtschaftet – hochgerechnet entspricht dies einem Gesamtbetrag von rund 27 Milliarden Franken. Nach einer Phase der Stagnation hat die Produktivität seit 1994 stetig zugenommen (Abb. 1).

Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsregionen weist Basel-Stadt ein hohes BIP pro Kopf aus. Die Wirtschaftsregion ist seit 2001 der Wachstumsleader unter den Schweizer Regionen. Sie hat sich damit nach dem konjunkturellen Einbruch Anfang der 90er Jahre besser erholt als der Rest der Schweiz. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandprodukts war im Stadtkanton von 1995 bis 2000 mit 3,5% rund zweimal so hoch wie diejenige für die gesamte Schweiz (1,6%). In der Periode 2000 bis 2004 verlangsamte sich das durchschnittliche Wachstum pro Jahr. Mit 2,7% liegt Basel-Stadt aber nach wie vor deutlich über dem schweizerischen Mittel, das -0,1% betrug.

Im Vergleich mit dem Kanton Genf und der Stadt Zürich ist die Wertschöpfung pro Kopf in Basel-Stadt seit 1985 überdurchschnittlich stark gewachsen (Abb. 2). So weist Basel in den letzten zwanzig Jahren ein Wachstum von rund 46% auf, Zürich und Genf dagegen ein Wachstum von 8,7% bzw. minus 0,4%.

Blick in die Zukunft

Wirtschaftliche Entwicklung mit gleichmässig steigender Wertschöpfung ist eine gute Voraussetzung für den Anstieg des Wohlstandes. Sie bilden die finanzielle Basis zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. Die Wertschöpfung ist aber in hohem Masse an die Entwicklung der Weltwirtschaft gebunden. Die Möglichkeiten des Kantons Basel-Stadt, indirekt Einfluss auf diesen Indikator zu nehmen, beschränken sich daher auf die Verbesserung der Standortfaktoren für wertschöpfungsintensive Branchen. Auch der Blick über die Grenzen gehört dazu: Basel will als Kernstadt auch künftig der Motor in einer starken trinationalen Agglomeration sein.

Erläuterungen

Real erwirtschaftete *Wertschöpfung* im Kanton Basel-Stadt, in Schweizer Franken, Basisjahr 2000

Die Angaben zur *Wertschöpfung pro Kopf der Stadt Zürich* sind mit den gleichen Faktoren multipliziert worden, welche durch die BAK im Rahmen der Anpassung an ESVG 95 für den Kanton Zürich berechnet wurden.

Quellen: International Benchmarking Club Database (IBC), Basel Economics, www.bakbasel.ch. Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Weiterführende Informationen

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen/stadt_region
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2003, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen
- Wirtschaftsbericht 03, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Wertschöpfung pro Kopf (in Franken)

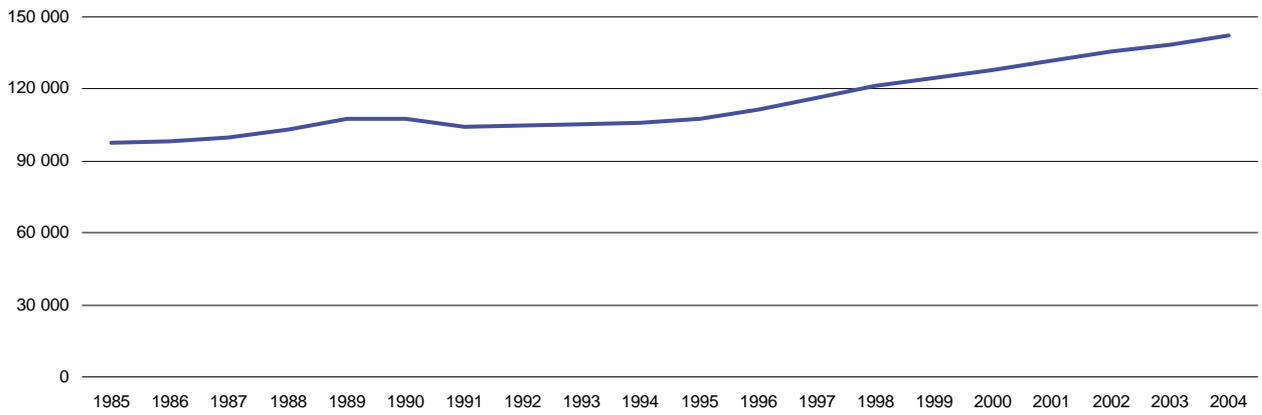


Abb. 1

Wertschöpfung pro Kopf (in Franken) – Basel im Vergleich mit der Stadt Zürich und dem Kanton Genf

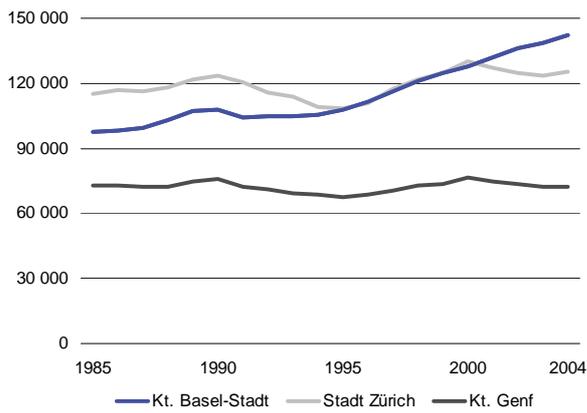


Abb. 2

Erwerbstätigenquote

Für die nachhaltige Entwicklung ist eine hohe Erwerbstätigenquote von grosser Bedeutung. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für ein sicheres Auskommen für die ansässige Bevölkerung. Denn je höher die Quote, desto mehr Basler und Baslerinnen im erwerbsfähigen Alter – also von 15 bis 64 Jahren – gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Aber auch die gesellschaftlichen Aspekte sind wichtig: Für die Integration der Migrationsbevölkerung ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit notwendige Voraussetzung. Und für die Jugendlichen ist es wichtig, eine berufliche Perspektive mit Erwerbsmöglichkeiten in Basel entwickeln zu können.

Ziele: geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad in der Region Basel

Der Stand der Dinge

Die Quote zeigt das Verhältnis der Anzahl Erwerbstätigen zur Anzahl Personen im erwerbsfähigen Alter, d.h. von 15 bis 64 Jahren. Von 1980 bis 1990 ist die Erwerbstätigenquote von 72,2 auf 74,0% gestiegen (Abb. 3). In den darauf folgenden zehn Jahren nahm die Quote wieder leicht ab und betrug im Jahr 2000 73,7%. Nach Geschlecht betrachtet zeigt sich, dass die Erwerbstätigenquote der Frauen einen deutlichen Zuwachs von 56,8% auf 67,6% verzeichnet, während die Quote der Männer von 88,3% auf 79,9% gesunken ist. Absolut bedeutet dies eine Abnahme der männlichen Erwerbspersonen um 10 801 sowie eine Zunahme der weiblichen Erwerbspersonen um 1 881. Gesamtschweizerisch beträgt die Erwerbstätigenquote 77,0% (2000).

Die absolute Zahl der erwerbstätigen Personen im Kanton Basel-Stadt ging zwischen 1980 und 2000 um knapp 10% auf 91 960 zurück. Im gleichen Zeitraum nahm auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um rund 11% ab. Deshalb nahm die Erwerbstätigenquote seit 1980 von 72,2% auf 73,7% nur wenig zu.

Die konjunkturelle Entwicklung widerspiegelt sich in der Erwerbstätigenquote kaum, da jeweils nur die Zahlen der eidgenössischen Volkszählung verwendet werden, die nur alle zehn Jahre durchgeführt wird.

Wie bei der Unterscheidung nach Geschlecht ist bei der Betrachtung der Erwerbstätigenquote nach Staatsangehörigkeit eine Annäherung der Quoten erkennbar

(Abb. 4). Im Jahr 2000 beträgt die Quote für Schweizer/-innen 74,7%, diejenige der Ausländer/-innen 71,8%. Die Erwerbstätigenquoten der Schweizerinnen und Schweizer nähern sich durch den stetigen Anstieg der Werte bei den Frauen auf 69,0% bzw. das Sinken der Werte bei den Männern 80,9% an. Bei den Ausländerinnen blieb die Quote in den letzten 20 Jahre beinahe konstant bei rund 64%, dagegen nahm die Erwerbstätigenquote bei den Ausländern von 91,2% auf 78,1% ab.

Beim Vergleich der Erwerbstätigenquote nach den einzelnen Altersjahren fällt auf, dass die Quoten der 18- bis 25-Jährigen im Jahr 2000 tiefer sind als 1980 (Abb. 5). Ein Grund dafür dürfte die längeren Ausbildungswege (Universität, Fachhochschule, Auslandsaufenthalt etc.) sein. Dagegen liegen die Quoten bei den Personen über 40 höher im Vergleich mit 1980.

Blick in die Zukunft

Die Erwerbstätigenquote der Frauen wird auch in den nächsten Jahren weiter steigen. Durch eine bessere Ausbildung gegenüber früheren Frauengenerationen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Möglichkeiten der Teilzeitarbeit sind Frauen vermehrt auf dem Arbeitsmarkt vertreten. Generell sind längere Ausbildungszeiten und früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben weitere Entwicklungstrends, welche es aufmerksam zu verfolgen gilt.

Erläuterungen

Die *Erwerbstätigenquote* zeigt das Verhältnis der Erwerbstätigen (Voll- und Teilzeiterwerb) zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Quellen: Volkszählungen, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

Weiterführende Informationen

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen/stadt_region
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2003, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen
- Wirtschaftsbericht 03, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch
- Gender-Report beider Basel 2004, Gleichstellungsbüro Basel-Stadt, Tel. 061 267 66 81, www.gleichstellung.bs.ch

Erwerbstätigenquote nach Geschlecht

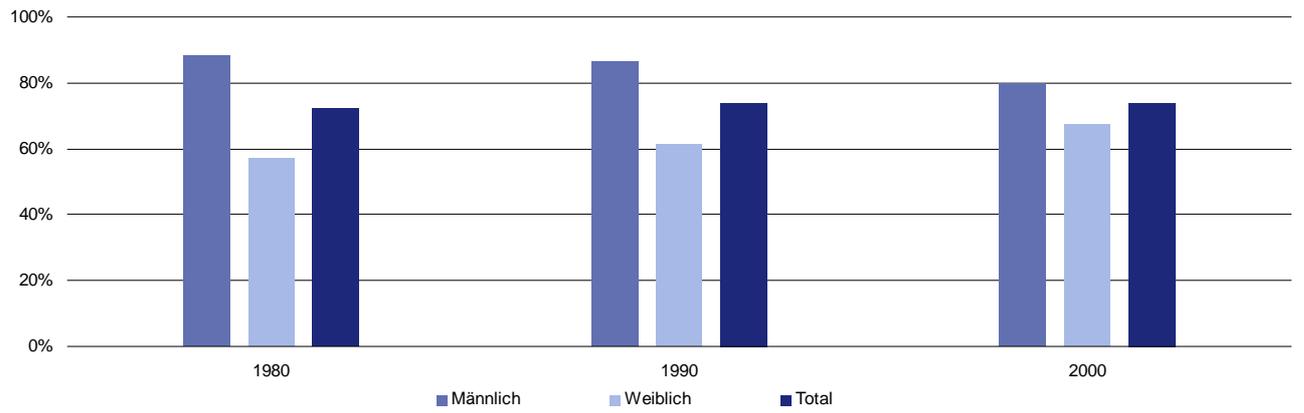


Abb. 3

Erwerbstätigenquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

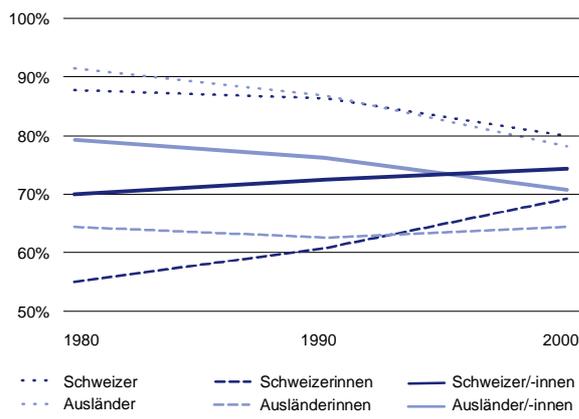


Abb. 4

Erwerbstätigenquote nach Alter

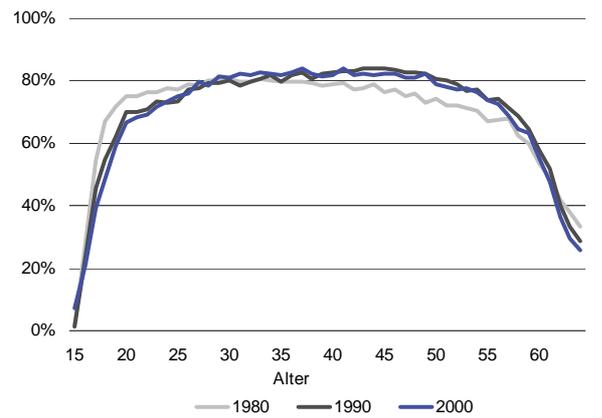


Abb. 5

Beschäftigungsentwicklung

Die Entwicklung der Beschäftigung ist ein Abbild der Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort und ist eine Grundvoraussetzung für die Wertschöpfung. Eine hohe Anzahl von Beschäftigten ist aus wirtschaftlicher Sicht positiv zu werten, vor allem auch wenn – wie in Basel – die Produktivität hoch ist.

Ziel: innovationsfördernde Rahmenbedingungen

Der Stand der Dinge

Die Anzahl der Beschäftigten ist in Basel bis 1991 angestiegen (Abb. 6). Mit dem Konjunkturabschwung nahm diese dann bis Mitte der 90er Jahre ab. Seither ist wieder ein Ansteigen der Beschäftigtenanzahl festzustellen. Insgesamt hat Basel gegenüber den 80er Jahren rund 6000 Arbeitsplätze verloren.

Der Anteil der Beschäftigten in innovativen Branchen an allen Beschäftigten schwankte von 1985 und 2001 zwischen 34,1% und 35,2% (Abb. 7). Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn nach den beiden Wirtschaftssektoren Industrie und Dienstleistungen unterschieden wird. Während der Anteil an Beschäftigten in innovativen Industriebranchen konstant auf 12,8% (2001) abnahm, verzeichnet der Dienstleistungssektor zunehmende Beschäftigte in innovativen Branchen (22,5% im Jahr 2001).

Der massive Verlust des Industriesektors ist hauptsächlich auf den Stellenabbau in der Chemiebranche zu-

rückzuführen. Trotzdem bietet die chemisch-pharmazeutische Industrie nach wie vor über ein Drittel der Stellen in innovativen Branchen im Kanton Basel-Stadt an, was bezogen auf alle Beschäftigte einem Anteil von 10,5% entspricht. An zweiter Stelle folgen die Dienstleistungen für Unternehmen und an dritter das Kreditgewerbe.

Blick in die Zukunft

Prognostiker/-innen gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren die Zahl der Beschäftigten weiter steigen wird, so dass 2006 wieder das Niveau des Beginns der 90er Jahre erreicht wird. Eine Zunahme der Wertschöpfung geschieht einerseits über eine Erhöhung der Produktivität (Output pro Beschäftigten), andererseits auch über eine leichte Zunahme der Beschäftigten. Der Kanton kann die Schaffung von Arbeitsplätzen nur zu einem marginalen Teil beeinflussen. Aufgabe aber ist, den Standort Basel attraktiv und konkurrenzfähig zu halten und somit Voraussetzungen für die Sicherung der Beschäftigtenzahlen schaffen.

Erläuterungen

Zu den *innovativen Branchen* werden gezählt: chemische Industrie (NOGA 24), Kunststoffe (25), Maschinenbau (29), Elektrotechnik (30), Elektronik/Instrumente (33), Fahrzeugbau (34,35), Kredit- und Versicherungsgewerbe (65-67), Informatikdienste (72), Forschung und Entwicklung (73), Dienstleistungen für Unternehmen (74).

Quellen: Eidg. Betriebszählungen, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch. Hatzichronoglou, T. (1997): Revision of the High-Technology Sector and Product Classification, STI Working Paper 1997/2, OECD, Paris. Arvanitis, S. & Marmet, D. (2001): Unternehmensgründungen in der schweizerischen Wirtschaft, Strukturberichterstattung Nr. 4, Staatssekretariat für Wirtschaft, Bern

Weiterführende Informationen

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen/stadt_region
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2003, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen
- Wirtschaftsbericht 03, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch

Beschäftigtenentwicklung

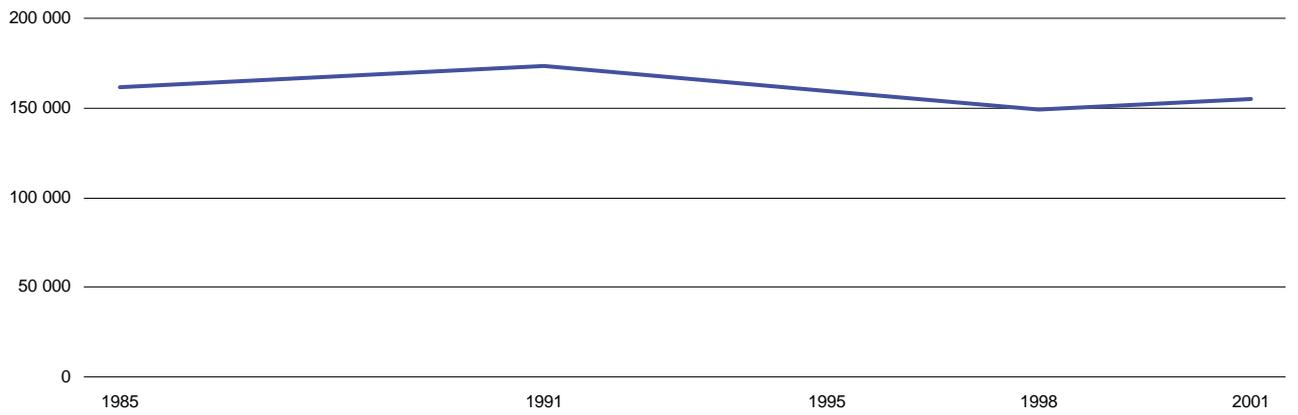


Abb. 6

Anteil Beschäftigte in innovativen Branchen an allen Beschäftigten nach Wirtschaftssectoren

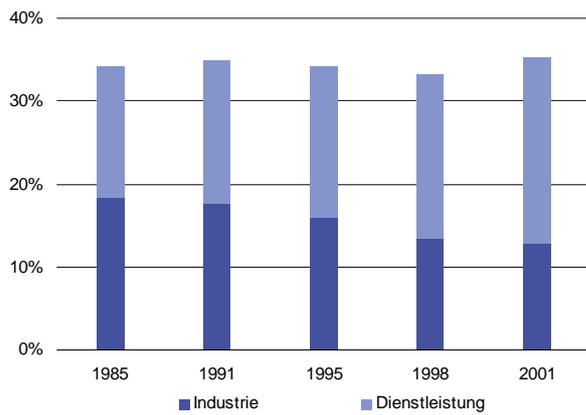


Abb. 7

Arbeitslosenquote

Eine tiefe Arbeitslosenquote ist Ausdruck eines dynamischen Wirtschaftsraums und deshalb eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Und eine tiefe Arbeitslosigkeit lässt auch auf einen funktionsfähigen Arbeitsmarkt schliessen, der zumindest mittelfristig ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herbeiführt. Aber auch die gesellschaftliche Dimension der Nachhaltigkeit wird beeinflusst: Von der Arbeitslosigkeit betroffene Personen haben ein signifikant höheres Armutsrisiko und sind grossen psychischen und sozialen Belastungen ausgesetzt. Eine hohe Arbeitslosigkeit könnte so zu sozialen Spannungen führen.

Ziele: geringe Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigungsgrad in der Region Basel

Der Stand der Dinge

Nach der hohen Arbeitslosigkeit zwischen 1992 und 1998 trat zwischen 1999 und 2001 eine Entspannung ein (Abb. 8). Die Arbeitslosenquote ist seit Herbst 2001 wieder stark angestiegen und erreichte im Jahr 2004 einen durchschnittlichen Wert von 4,6%. Dies entspricht 4 482 Personen. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit (>1 Jahr) steigt seit 2001 wieder und beträgt im Jahr 2004 18,3% der Arbeitslosen (Abb. 11). Seit Anfang Jahr sinkt die Arbeitslosenquote leicht und beträgt im Monat Mai 2005 4,0%.

Im Vergleich zur gesamtschweizerischen Quote von 3,9% im Jahr 2004 liegt Basel leicht über dem Durchschnitt. Vergleicht man die Basler Verhältnisse mit denjenigen von anderen Städten, bietet sich demgegenüber ein vorteilhaftes Bild: Die Stadt Zürich wies im Jahr 2004 auch eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 4,9% aus, der Stadtkanton Genf sogar eine Quote von 7,1%.

Der Anteil an Arbeitslosen ist bei den Ausländern/-innen gegenüber den Schweizern/-innen deutlich höher und seit 2000 ist ein Trend zu einer höheren Quote unter Männern festzustellen (Abb. 9).

Eine Betrachtung nach Altersgruppen seit 1994 zeigt, dass die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen bis 1999 am schwersten von Arbeitslosigkeit betroffen ist (Abb. 10). Ab 2000 nahm dann aber die Arbeitslosigkeit vor allem bei jüngeren Menschen zu. Die höchste Quote ist nun in der Altersgruppe der bis 19-Jährigen zu finden und an zweiter Stelle steht die Gruppe der 20- bis 29-Jährigen.

Blick in die Zukunft

Die Arbeitslosenquote ist zu einem hohen Masse von der konjunkturellen Entwicklung abhängig und lässt sich nur schwer von der kantonalen Politik beeinflussen. Optimale Rahmenbedingungen für Firmen und eine gute Bildungspolitik bewirken eine generelle Verbesserung der Situation. Durch gezielte Massnahmen und Beratung kann die Wiedereingliederung von arbeitslosen Personen gefördert werden. Kampagnen zur gezielten Förderung des Angebots von Lehrstellen erhöhen die Chancen für Jugendliche, nach bestandener Berufsausbildung mit guten Qualifikationen in die Arbeitswelt einzusteigen.

Erläuterungen

Arbeitslosenquote im Jahresmittel, berechnet aus Anzahl Arbeitslose geteilt durch Anzahl Erwerbspersonen

Quellen: Arbeitslosenstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch

Weiterführende Informationen

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen/stadt_region
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2003, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen
- Wirtschaftsbericht 03, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Arbeitslosenquote im Jahresmittel

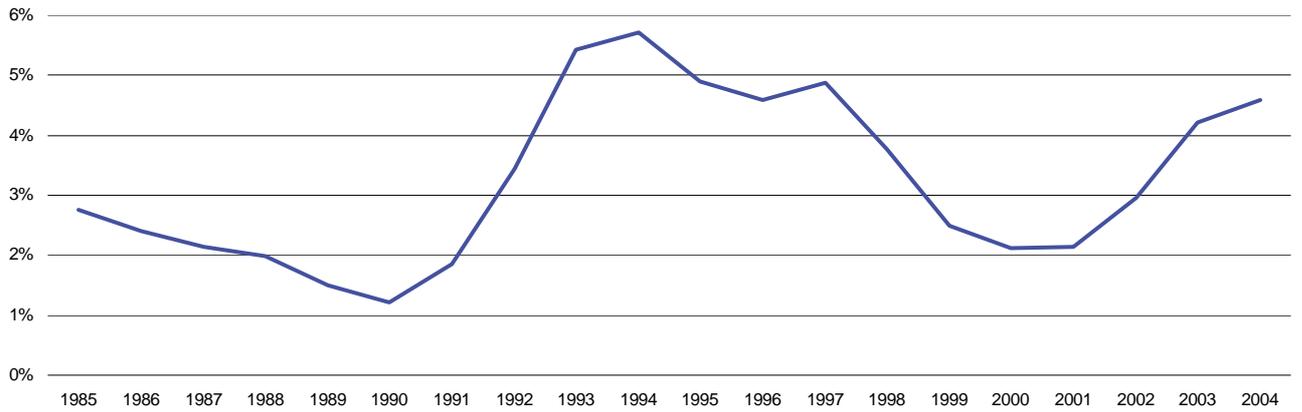


Abb. 8

Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

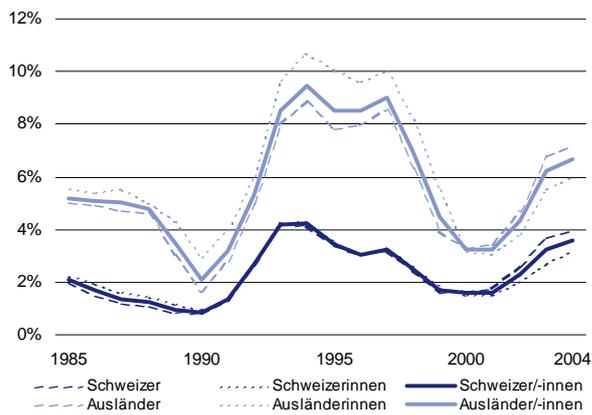


Abb. 9

Arbeitslosenquote nach Altersgruppen

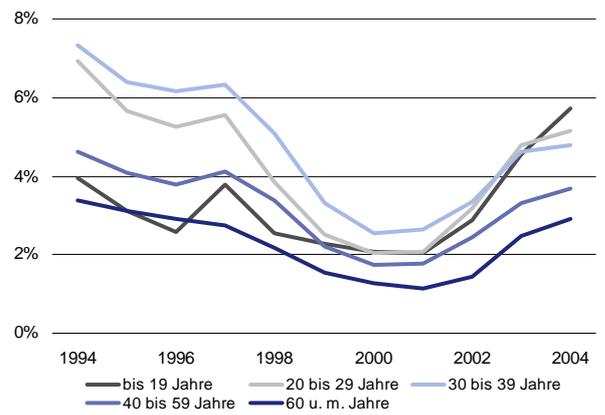


Abb. 10

Anteil Langzeitarbeitslose (>1 Jahr) an allen Arbeitslosen

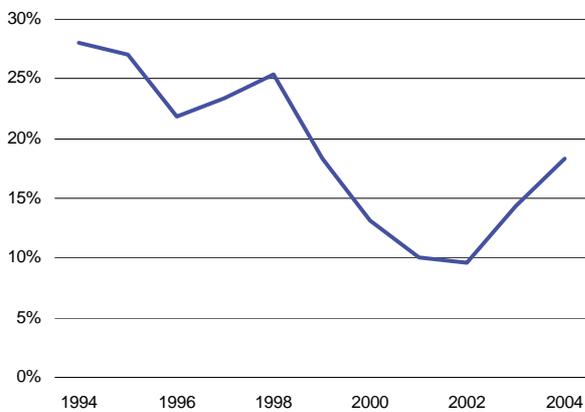


Abb. 11

Firmengründungen

Die Gründungen von Firmen sind Ausdruck der wirtschaftlichen Dynamik und lassen Rückschlüsse auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu. Eine angemessene Zahl von Firmengründungen ist Zeichen und Voraussetzung zugleich für den Strukturwandel in der Wirtschaft. Die nachhaltige Entwicklung wird durch eine dynamische Unternehmens- und Branchenstruktur deutlich gefördert.

Ziel: innovationsfördernde Rahmenbedingungen

Der Stand der Dinge

2003 wurden 352 Firmen mit insgesamt rund 750 Beschäftigten gegründet (Abb. 12). Im Jahr zuvor waren es 297 Firmen mit rund 700 Beschäftigten.

Bei den Neugründungen handelt es sich zu einem grossen Teil um Klein- bis Kleinstbetriebe (durchschnittlich 2,1 Beschäftigte pro Firma). Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der neugegründeten Unternehmen in Basel-Stadt rückläufig und stieg erst im Jahr 2003 wieder leicht an. Die Neugründungen können auch als Indiz für die Situation auf dem Arbeitsmarkt gelten. Als Alternative zur Arbeitslosigkeit in Zeiten schwieriger arbeitsmarktlicher Bedingungen nimmt die Anzahl neugegründeter Unternehmen tendenziell eher zu und bei einer Erholung der Konjunktur eher ab.

Die Firmengründungen verteilen sich in unterschiedlicher Masse auf die verschiedenen Branchen (Abb. 13). Im sekundären Sektor mit Industrie und Baugewerbe sind es pro Jahr zwischen 40 und 50 Gründungen. Der

weitaus grössere Anteil von Gründungen betrifft den tertiären Sektor. Dort verzeichnen Branchen im Immobilien- und Dienstleistungsbereich im Jahr 2003 124, die Handelsbranche 70 und die Branche der Informatikdienstleistungen 24 Neugründungen.

Blick in die Zukunft

Der Kanton will auch in Zukunft unabhängig vom Standort innerhalb des Kantonsgebiets für Start-ups, die aus Hochschulen heraus entstehen, attraktive Rahmenbedingungen anbieten. Vielfältige Beratungs- und Hilfsangebote für Unternehmensgründer (z.B. Wissens- und Technologietransferstelle der Universität Basel und der Fachhochschule beider Basel, Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Business Parc und verschiedene Start-up-Workshops resp. Lehrgänge an den Hochschulen) runden das Angebot für Gründungswillige ab.

Erläuterungen

Neu gegründete Unternehmen: In der Statistik zur Unternehmensdemografie werden nur effektiv – ex nihilo – neu entstandene und wirtschaftlich aktive Unternehmen als Neugründungen erfasst. Die Unternehmen müssen im Berichtsjahr eine marktwirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen haben und diese während mindestens 20 Stunden pro Woche ausüben. Sie dürfen zudem nicht auf Grund einer Fusion, einer Übernahme oder einer Spaltung entstanden sein. Die grundlegende Bedingung ist somit, dass das Unternehmen wirklich eine produktive wirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen hat, und zwar unabhängig von der Tatsache, ob es im Handelsregister eingetragen ist oder nicht.

Quellen: Statistik zur Unternehmensdemografie, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

Weiterführende Informationen

- Bericht Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen/stadt_region
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2003, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen
- Wirtschaftsbericht 03, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch

Neugegründete Unternehmen und Beschäftigte

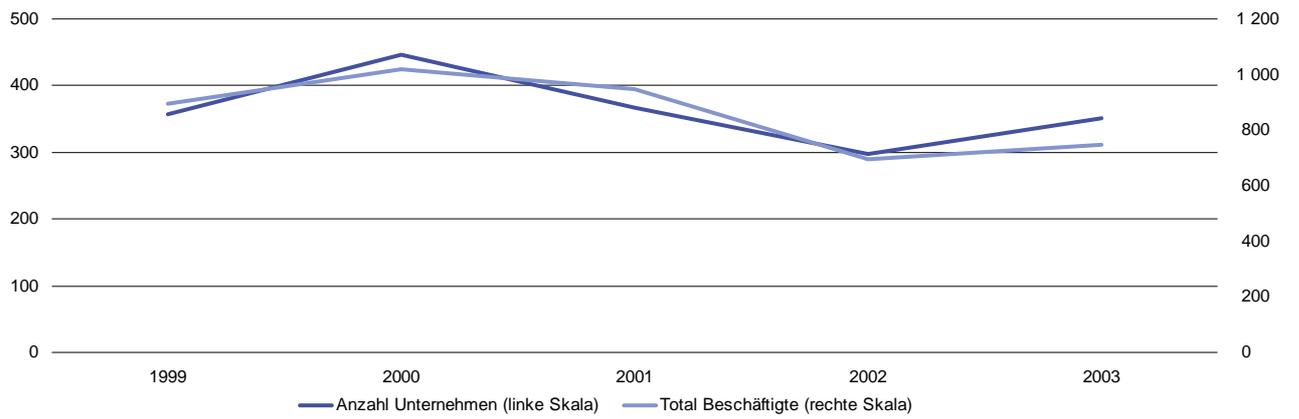


Abb. 12

Neugegründete Unternehmen nach Branchen

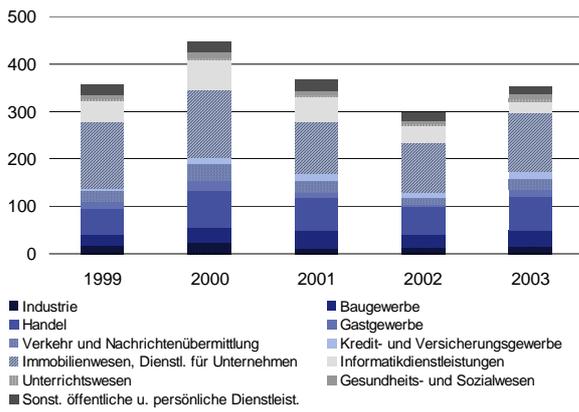


Abb. 13

Nettoschuldenquote

Eine Begrenzung der Verschuldung der öffentlichen Hand ist eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung. Eine steigende Verschuldung schränkt die kommenden Generationen in ihren Möglichkeiten ein. Deshalb sind ein mehrjähriger Budgetausgleich und die Stabilisierung von bestehenden Schulden anzustreben. Dabei ist darauf zu achten, dass entsprechende Massnahmen längerfristig die Höhe des Volkseinkommens nicht negativ beeinflussen. Das Verhältnis zwischen Verschuldung und dem Volkseinkommen sollte auf tiefem Niveau einigermaßen konstant sein.

Ziel: eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, welche zukünftige Generationen nicht stärker belastet

Der Stand der Dinge

Die Nettoschulden sind erfreulicherweise mit 1,8% um 66 Mio. Franken gesunken und betragen zum Jahresende 2004 noch knapp 3,5 Milliarden Franken. Bezogen auf das Volkseinkommen (Abb. 16) lässt sich eine Nettoschuldenquote von 18,7% im Jahr 2003 berechnen (Abb. 14). Das bedeutet, dass die Nettoschulden des Kantons, das vorhandene Finanzvermögen also bereits abgezogen, fast ein Fünftel des jährlichen Volkseinkommens ausmachen. Die Nettoschuldenquote ist in den letzten Jahren tendenziell gesunken.

Die Nettoverschuldung pro Kopf ist in Basel-Stadt überdurchschnittlich hoch. Von 1995 bis 1999 stieg der Wert von 14 566 auf 19 798 Franken und blieb bis 2002 stabil (Abb. 15). Seither nimmt der Nettoschuldenbetrag wieder leicht ab und beträgt im Jahr 2004 18 542 Franken pro Person. Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, liegt Basel-Stadt allerdings näher beim schweizerischen Durchschnitt.

Der traditionell grösste Posten auf der Ausgabenseite ist der Personalaufwand, der für das Jahr 2004 mit ca. 1,68

Milliarden Franken in der Laufenden Rechnung steht. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um fast 3%, der teilweise durch die geplante Stellenreduktion zu erklären ist. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Höhe der Ausgaben sind die Sozialkosten, besonders im Bereich der Sozialhilfe. Hier liegen die Gründe für die höheren Kosten in steigenden Fallzahlen und tieferen Rückvergütungen von Bund, Kantonen und Dritten.

Blick in die Zukunft

Eine nachhaltige Finanzpolitik soll dafür sorgen, dass kommende Generationen durch Schulden nicht stärker belastet werden als heutige. Dies bedeutet, dass die Nettoschulden mittelfristig höchstens so stark wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ansteigen dürfen. Dazu müssen die Ausgaben und Einnahmen in einem strukturellen Gleichgewicht gehalten werden, was hohe Anforderungen an die Ausgabendisziplin von Regierung und Parlament stellt.

Erläuterungen

Die *Nettoschuldenquote* bezeichnet das Verhältnis der Nettoschulden (Bruttoschuld minus Finanzvermögen) zum Volkseinkommen des Kantons Basel-Stadt. Das Bundesamt für Statistik hat die Berechnungsgrundlagen den aktuellen europäischen Normen angepasst und eine Neuberechnung des Volkseinkommens bis ins Jahr 1998 vorgenommen. Die Grafik zeigt daher beide Kurven (neue und alte Methode).

Quellen: Rechnung des Kantons Basel-Stadt, Finanzdepartement, Tel. 061 267 66 92, www.fd.bs.ch. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

Weiterführende Informationen

- Bericht Wirtschaft beider Basel 2003, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen
- Wirtschaftsbericht 03, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Nettoschuldenquote

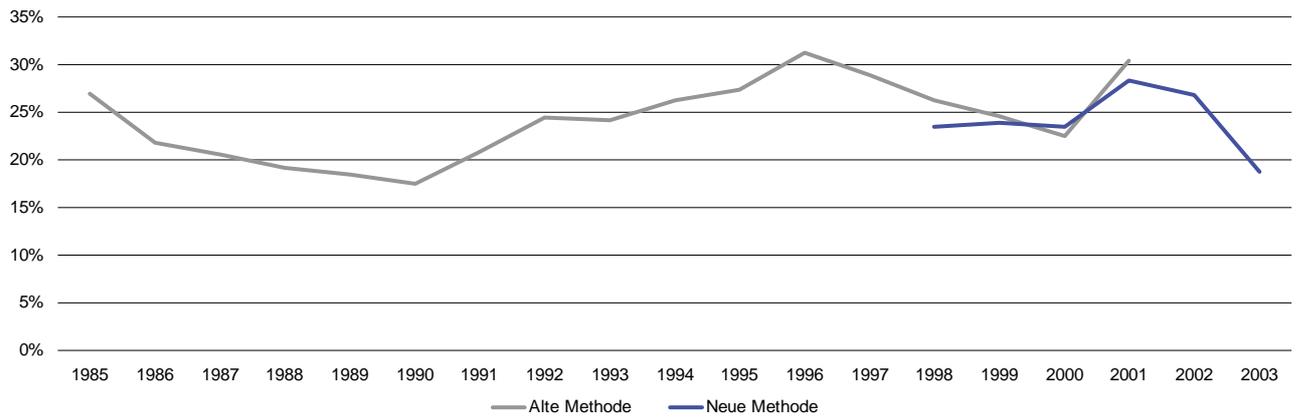


Abb. 14

Nettoschulden pro Einwohner/-in (in Franken)

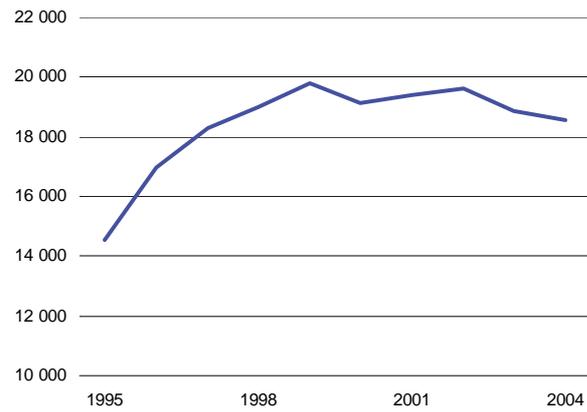


Abb. 15

Volkseinkommen (in Mio. Franken)

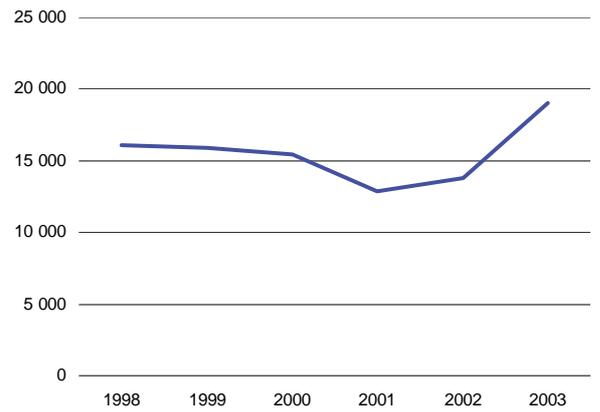


Abb. 16

Steuereinnahmen

Eine langfristig ausgeglichene Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand bedarf auch kontinuierlicher Steuereinnahmen von natürlichen Personen. Eine positive Stadtentwicklung sollte ein konstantes Steueraufkommen zur Folge haben. Zu berücksichtigen ist aber auch der Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung: Die momentane Stellung im Konjunkturzyklus hat grosse Auswirkungen auf das Steueraufkommen. Entscheidend für die Steuereinnahmen ist zudem das Wanderungsverhalten: Findet eine selektive Abwanderung statt, z.B. von Personen mit hohem Einkommen, schlägt sich dies unmittelbar in den Steuereinnahmen nieder.

Ziel: eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, welche zukünftige Generationen nicht stärker belastet

Der Stand der Dinge

Die Einnahmen aus den anteilmässig wichtigsten Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen belaufen sich im Jahr 2004 auf 1,36 Milliarden Franken (teuerungsbereinigt) (Abb. 17).

Die Darstellung der Steuereinnahmen von juristischen Personen zeigt den Einfluss der konjunkturellen Entwicklung. Zwischen 1997 und 2001 stiegen die Steuereinnahmen juristischer Personen um rund 150 Millionen Franken, währenddem 2002 ein Einbruch festzustellen ist (Abb. 18). Seit 2002 kann eine positive Entwicklung der Gewinn- und Kapitalsteuer verzeichnet werden. Im Jahr 2004 beläuft sich der Betrag der Steuereinnahmen juristischer Personen auf 463 Millionen Franken.

Blick in die Zukunft

Die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen bilden im Kanton Basel-Stadt den wichtigsten Einnahmeposten. Um diese Steuereinnahmen langfristig zu sichern, ist ein sozial gerechtes und den individuellen Leistungsfähigkeit angepasstes Steuersystem wichtig. Darüber hinaus soll hier wohnhaften und zuziehenden Steuerzahlern adäquater Wohnraum zur Verfügung stehen. Mit dem Projekt Logis Bâle werden im laufenden Jahrzehnt 5 000 überwiegend grosse Wohnungen von hoher Qualität entstehen. Der Kanton schafft die dazu nötigen raumplanerischen Voraussetzungen.

Erläuterungen

Die *Steuereinnahmen der natürlichen Personen* setzen sich zusammen aus der Summe von Einkommens- und Vermögenssteuereinnahmen, die *Steuereinnahmen juristischer Personen* aus der Summe der Ertrags- und Kapitalsteuer, gemäss Rechnung des Kantons Basel-Stadt, inflationsbereinigt mit Basler Index (Basis Mai 2000)

Quellen: Rechnung des Kantons Basel-Stadt, Einnahmen aus Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- und Kapitalsteuern des Kantons, Finanzdepartement, Tel. 061 267 66 92, www.fd.bs.ch

Weiterführende Informationen

- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Öffentliche Finanzen, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/themen/18
- Bericht Wirtschaft beider Basel 2003, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen
- Wirtschaftsbericht 03, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 87, www.awa.bs.ch

Steuereinnahmen natürlicher Personen (in Mio. Franken)

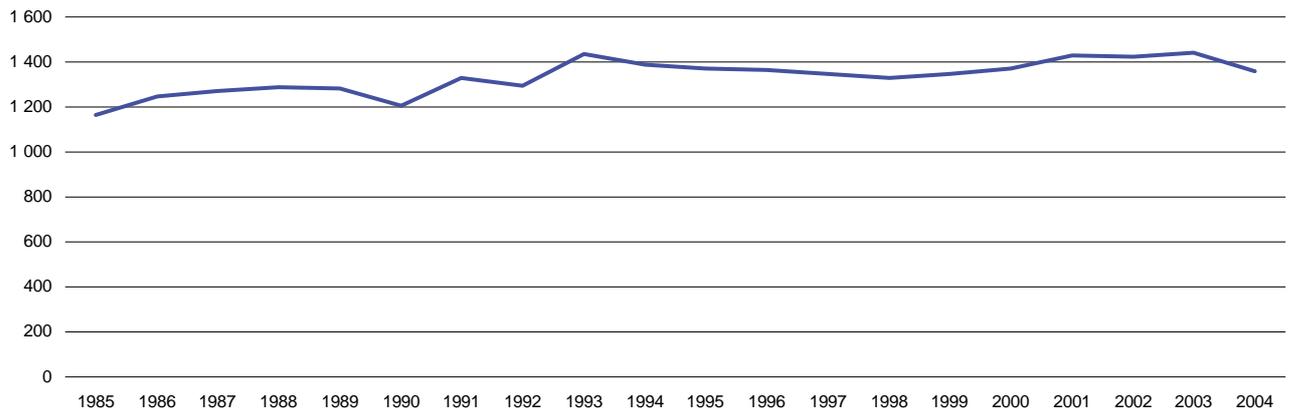


Abb. 17

Steuereinnahmen juristischer Personen (in Mio. Franken)

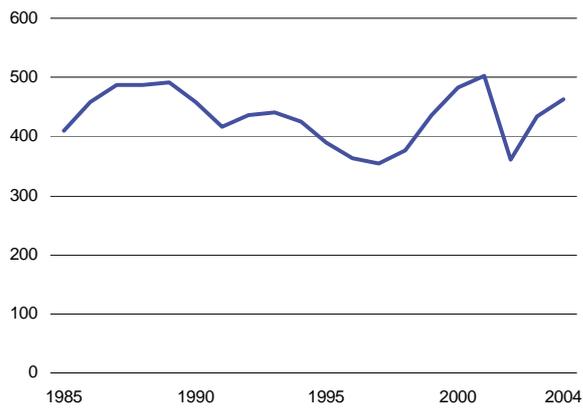


Abb. 18



Indikatoren zur Umwelt

Luftqualität

Wasserqualität

Wasserverbrauch

Lärmbelastung

CO₂-Emissionen

Abfall

Bodenversiegelung

Luftqualität

Eine schlechte Luftqualität beeinträchtigt die Gesundheit und schädigt empfindliche Ökosysteme. Als Indikator zur Beurteilung der Luftqualität wurde der Ausstoss an Stickoxiden (NO_x) gewählt. Es handelt sich dabei um die sogenannten Leitschadstoffe, mit denen das Mass der Luftbelastung in der Schweiz gut beschrieben werden kann. Zudem sind sie Vorläuferstoffe für die Bildung von bodennahem Ozon (O₃). Zum Schutz der Gesundheit und der Ökosysteme hat deshalb die Reduktion der Stickoxidemission in der Luftreinhaltung einen hohen Stellenwert.

Ziel: Verminderung der lokalen Emissionen in die Luft

Zum Stand der Dinge

Im Jahre 2000 wurden im Kanton Basel-Stadt 1 680 Tonnen Stickoxide (NO_x) ausgestossen. Dies entspricht pro Einwohner/-in und Jahr rund 8,9 Kilogramm NO_x (Abb. 19). 1990 betrug die Emissionen noch rund 2 800 Tonnen. Die Emissionen haben sich dank der Einführung des Katalysators bei Personenwagen, durch Abluftreinigungsverfahren bei der Abfallverbrennung und durch eine NO_x-arme Verbrennungstechnik bei den Feuerungsanlagen um rund 40% reduziert. Rund die Hälfte der Emissionen stammt aus dem Strassenverkehr, mehrheitlich von Lastwagen.

Durch die bisherigen Reduktionen der Emissionen ist die Luftbelastung deutlich gesunken. Trotzdem werden die Kurzzeitgrenzwerte von Stickstoffdioxid, Feinstaub oder Ozon an der Station St. Johann in den letzten 14 Jahren noch an durchschnittlich 41 Tagen im Jahr überschritten (Abb. 20). Im Sommerhalbjahr während heisser Witterungsphasen ist vor allem die Ozonbelastung massiv zu hoch. Der Jahrhundertssommer 2003 brachte die höchste bisher gemessene Zahl an Grenzwertüberschreitungen. Bei Stickstoffdioxid und Feinstaub ist vor allem die Dauerbelastung problematisch. Die Jahresmittelwerte sanken zwar in den letzten Jahren, lagen aber bis heute nie unter dem Langzeitgrenzwert (Abb. 21).

Blick in die Zukunft

Um den Immissionsgrenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂) flächendeckend einzuhalten, müsste lokal eine Reduktion der Stickoxidproduktion um etwa 20 bis 40% gegenüber 1995 erfolgen.

Der Stickoxidausstoss ist auch deshalb zu reduzieren, weil Stickoxide zusammen mit flüchtigen organischen Verbindungen Vorläuferschadstoffe für die Bildung von Ozon sind. Damit die Ozonbelastung unter den Immissionsgrenzwert fällt, sind im Oberrheingebiet die NO_x-Emissionen im Vergleich zu 1995 grossräumig um mindestens 50% zu reduzieren.

Mit dem Regen gelangt Stickoxid aus der Luft in den Boden und in die Gewässer. Dort bewirkt es eine Düngung, die für gewisse Ökosysteme schädlich ist. Um dies zu vermeiden, ist gemäss Untersuchungen des Bundesamtes für Wald, Umwelt und Landschaft (Buwal) auf gesamtschweizerischer Ebene eine Reduktion der NO_x-Emissionen um 50% im Vergleich zu 1995 notwendig.

Durch die eingangs beschriebenen Massnahmen werden sich die NO_x-Emissionen voraussichtlich in den nächsten Jahren weiter vermindern. Auch einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Verschärfung der Abgasvorschriften im Verkehr (EURO-Normen). Dennoch werden die hohe Belastung an den Hauptverkehrsachsen und der steigende Anteil der Emissionen aus dem LKW-Verkehr ein Problem darstellen. Die Regierungen der Kantone BS und BL haben im Sommer 2004 eine Aktualisierung des Luftreinhalteplans beider Basel beschlossen. Darin sind weitere Massnahmen zur Reduktion der Emissionen des Strassenverkehrs, der Industrie und des Gewerbes sowie der Landwirtschaft enthalten. Und die Verkehrsplanung verfolgt auch künftig das Ziel, die stadtgerechte Mobilität zu fördern (Langsamverkehr, öffentlicher Verkehr).

Erläuterungen

An einem Tag mit guter Luftqualität werden die Kurzzeitgrenzwerte von NO₂, PM10 und O₃ nicht überschritten. Kurzzeitgrenzwerte sind ein Mass für kurzzeitige Spitzenwerte und dürfen höchstens einmal pro Jahr überschritten werden (Stickstoffdioxid (NO₂): Tagesmittelwert von 80 Mikrogramm pro m³, Feinstaub (PM10): Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm pro m³, Ozon (O₃): Stundenmittelwert von 120 Mikrogramm pro m³). Langzeitgrenzwerte sind ein Mass für die Dauerbelastung (Stickstoffdioxid (NO₂): Jahresmittelwert von 30 Mikrogramm pro m³, Feinstaub (PM10): Jahresmittelwert von 20 Mikrogramm pro m³).

Quellen: Statistik zu den Schadstoffen in der Luft, Lufthygieneamt beider Basel, Tel. 061 925 56 19, www.basler-luft.ch

Weiterführende Informationen

- Statistik zu den Schadstoffen in der Luft, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/themen/02/luftschaedstoffe
- Umweltbericht 2001 beider Basel, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/dienstleistungen/publikationen.htm
- Luftreinhalteplan 2004 beider Basel, www.baselland.ch/docs/bud/lufthygiene/plan/plan_beider-basel.htm
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

NO_x-Emissionen (in Kilogramm)

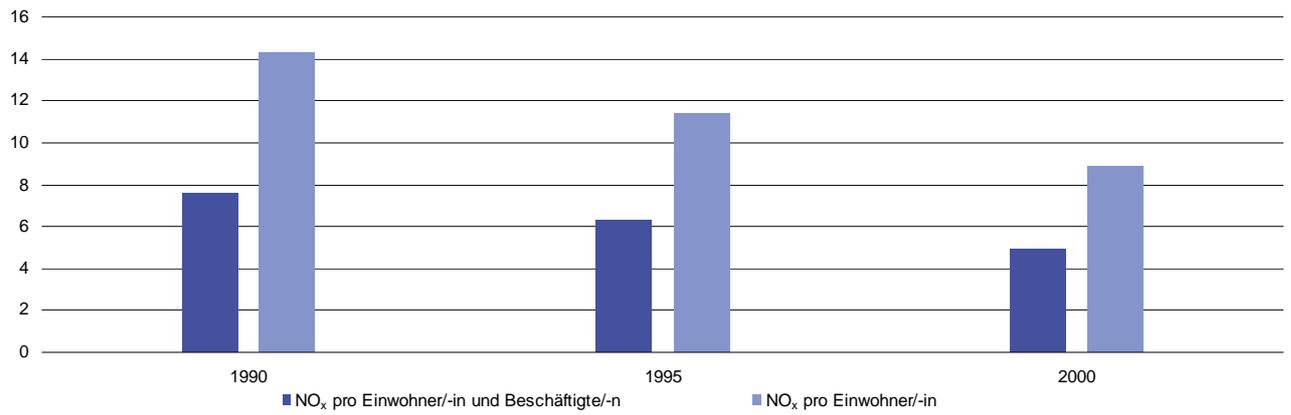


Abb. 19

Tage mit guter Luftqualität an der Station St. Johann

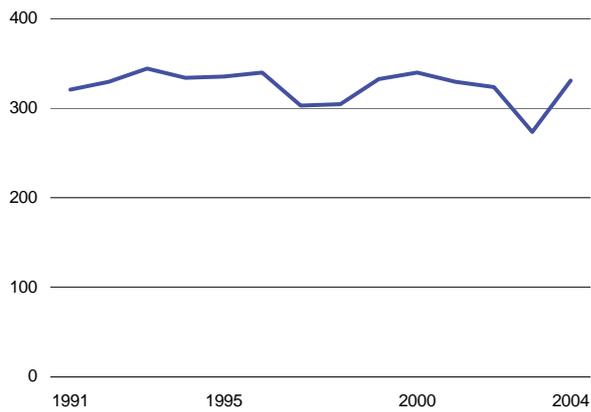


Abb. 20

Jahresmittelwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub im Vergleich zum Langzeitgrenzwert (Mikrogramm pro m³)

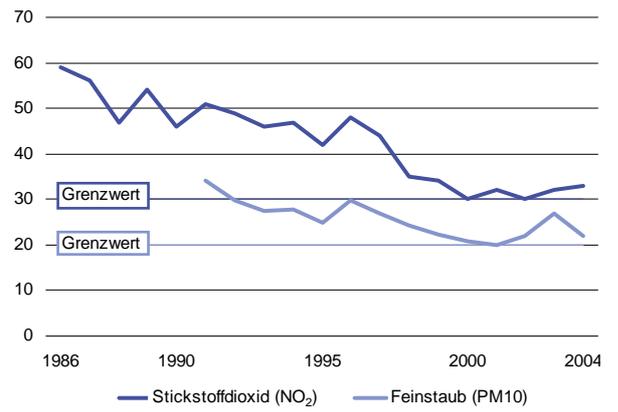


Abb. 21

Wasserqualität

Sauberes Wasser als Lebensgrundlage für Flora und Fauna und als Trinkwasser hat in der nachhaltigen Entwicklung einen hohen Stellenwert. Durch die Trinkwassergewinnung aus Flüssen und Seen in der Schweiz und in den rheinabwärts liegenden Ländern gewinnt die Wasserqualität der Oberflächengewässer zusätzlich an Bedeutung. Für die Wasserqualität entscheidend ist, wie viel schädliche Stoffe trotz Kläranlage ins Wasser gelangen. Als messbarer Indikator dient die Ausflussmenge an adsorbierbaren organischen Halogenverbindungen (AOX) aus den Kläranlagen. Diese Fluor-, Chlor- und Bromverbindungen können als Verluste aus industriellen- und gewerblichen Produktionen oder als Nebenprodukte ins Wasser gelangen. Viele davon sind giftig. Sie sind in der Natur schwer abbaubar und reichern sich im Fettgewebe von Tieren und Menschen an. Trotz geringer Mengen sind diese Stoffe sehr schädlich.

Ziel: Verminderung der lokalen Emissionen in die Gewässer

Der Stand der Dinge

Im Jahr 2004 gelangten rund 3 162 Kilogramm AOX über die Basler Kläranlage in den Rhein. Pro Einwohner/-in ergibt dies rund 16,8 Gramm AOX pro Jahr (Abb. 22). Seit Mitte der 90er Jahre zeigt der Trend leicht nach unten. Erst im letzten Jahr ist wieder ein Anstieg der AOX-Fracht zu verzeichnen.

Die Gewässerschutzverordnung des Bundes sieht für die Einleitung von kommunalem Abwasser für AOX in Gewässer einen Grenzwert vor: Pro Liter dürfen nicht mehr als 0,08 Milligramm AOX enthalten sein. Umgerechnet auf eine mittlere Abflussmenge der Basler Klär-

anlage von rund 110 000 Kubikmeter pro Tag ergibt das eine zulässige Fracht von 8,8 Kilogramm pro Tag oder 3 212 Kilogramm pro Jahr. In den letzten vier Jahren konnte dieser Grenzwert eingehalten und sogar unterschritten werden.

Blick in die Zukunft

Mit der Umsetzung der Verordnung zum Gewässerschutzgesetz wird sich die AOX-Fracht weiterhin verringern. Die Grenzwerte werden vermutlich nicht mehr überschritten werden.

Erläuterungen

AOX sind adsorbierbare organische Halogenverbindungen. Der Indikator misst den Ausfluss an AOX aus der Kläranlage in den Rhein. Der Indikator widerspiegelt nicht die Reinigungsleistung der Kläranlage, sondern die Anstrengungen von Industrie und Gewerbe, die Emissionen an der Quelle zu vermindern. Der Indikator steht somit auch stellvertretend für andere organische Schadstoffe, die über das Abwasser in die Gewässer gelangen.

Quellen: Abwassermengen der ARA Basel, Amt für Umwelt- und Energie, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/abwasser.htm

Weiterführende Informationen

- Kantonale Gewässerschutzverordnung, Justizdepartement des Kantons Basel-Stadt, www.gesetzessammlung.bs.ch

AOX-Fracht am Auslauf der ARA (in Gramm)

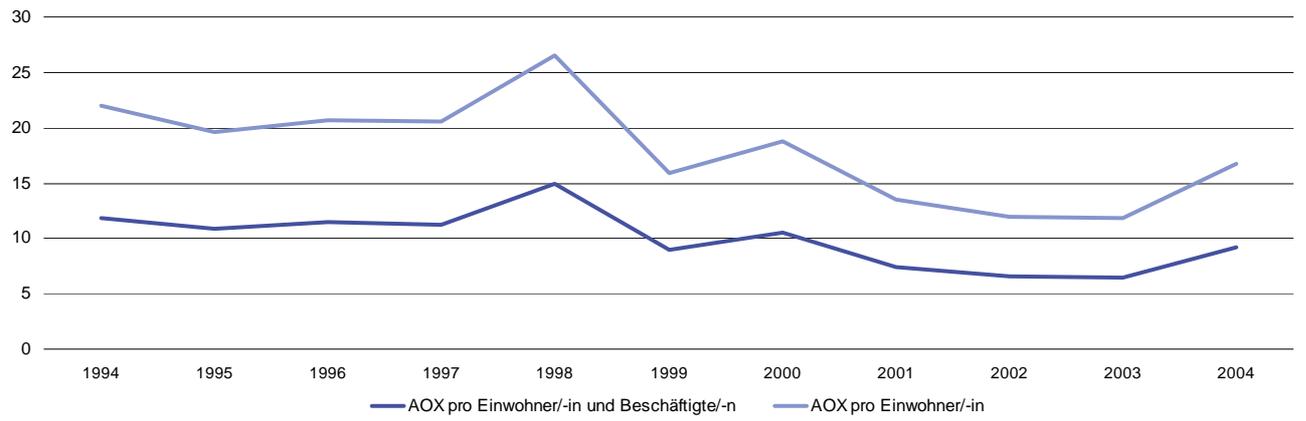


Abb. 22

Wasserverbrauch

Ein wichtiges Ziel der nachhaltigen Entwicklung ist der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen, zu denen auch sauberes Wasser zählt. Gewinnung, Aufbereitung, Verteilung und Reinigung von Wasser sind mit hohem Aufwand und Energieeinsatz verbunden. Ein sparsamer Umgang mit Trinkwasser schont deshalb nicht nur die Wasserressourcen, sondern senkt auch den Energieverbrauch.

Ziele: Verminderung des Wasserverbrauchs und Verminderung des Energieverbrauchs

Der Stand der Dinge

Dank den guten klimatischen Bedingungen in der Schweiz und den grossen Anstrengungen im Gewässerschutz in den vergangenen Jahren steht in Basel während des ganzen Jahres genügend Trinkwasser von guter Qualität zur Verfügung. Im Jahre 2003 wurden in den Haushalten des Kantons Basel-Stadt pro Kopf und Tag rund 240 Liter Wasser verbraucht (Abb. 23). Der Wasserverbrauch ging in den letzten Jahren kontinuierlich zurück. Es kann davon ausgegangen werden, dass der aktuelle Anstieg im Jahr 2003 auf den überdurchschnittlich warmen Sommer zurückzuführen ist.

Der gesamte Trinkwasserverbrauch im Kanton Basel-Stadt liegt bei rund 22,63 Millionen Kubikmeter pro Jahr (2003) (Abb. 24). Umgerechnet auf die mittlere Wohnbevölkerung ergibt dies einen Verbrauch von rund 329 Liter pro Kopf und Tag. Damit liegt der Verbrauch in Ba-

sel etwa ein Fünftel unter dem mittleren Trinkwasserverbrauch der Schweiz (ca. 400 Liter pro Kopf und Tag).

In Basel werden neben dem Trinkwasser grosse Mengen an Grund- und Flusswasser für industrielle Prozesse und Kühlung genutzt (insgesamt 50,18 Mio. Kubikmeter im Jahr 2003).

Blick in die Zukunft

Weil zur Aufbereitung des Wassers und zur Reinigung des Abwassers viel Energie aufgewendet werden muss, ist eine weitere Reduktion des Wasserverbrauchs sinnvoll. Durch das konsequente Umsetzen von technischen Massnahmen im Haushalt (Wasserspardüse, WC-Sparspülung, Grauwassernutzung etc.) könnte der Verbrauch weiter gesenkt werden. Da der Verbrauch im Haushalt grösstenteils vom persönlichen Verhalten abhängt, ist der Einfluss des Kantons relativ gering.

Quellen: Statistik zum Trinkwasserverbrauch, Industrielle Werke Basel (IWB), Tel. 061 275 51 11, www.iwb.ch/de/wasser

Weiterführende Informationen

- Abwasser und Stadtentwässerung, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/abwasser.htm
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Trinkwasserverbrauch pro Kopf und Tag (in Liter)

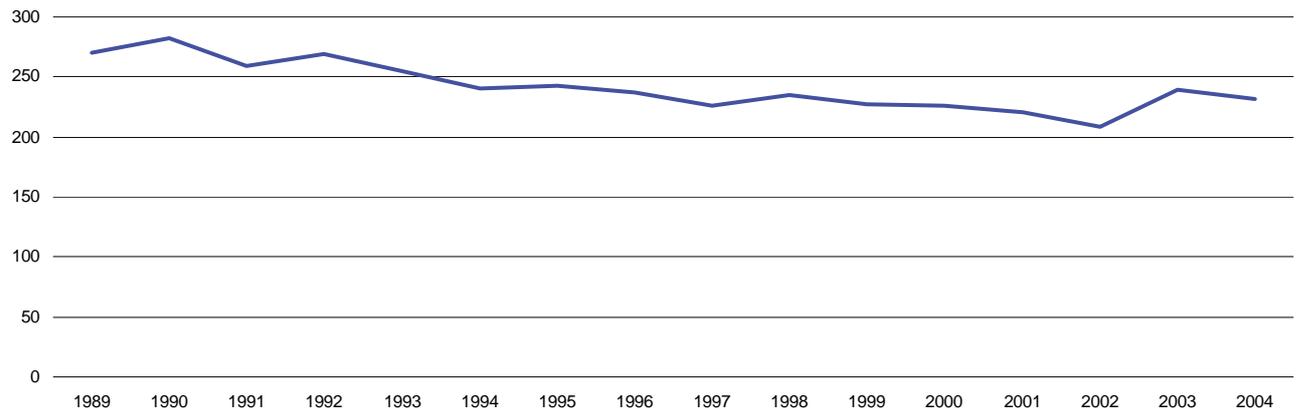


Abb. 23

Gesamter Trinkwasserverbrauch (in m³)

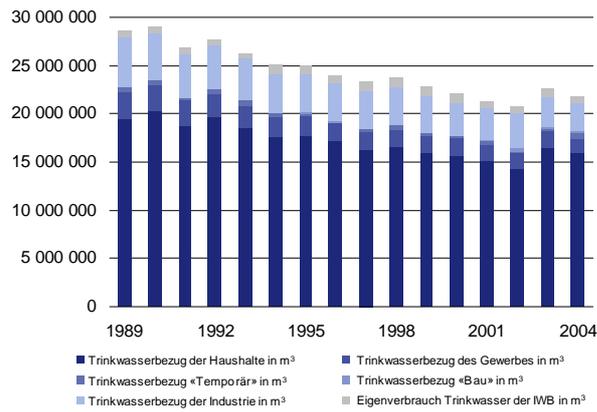


Abb. 24

Lärmbelastung

Die Lärmbelastung in städtischen Agglomerationen resultiert vor allem aus dem Verkehr. Industrie- und Gewerbelärm stehen demgegenüber im Hintergrund und treten vereinzelt oder lokal auf. Die Erfahrung zeigt, dass die Lärmbelastungen an verkehrsreichen Strassen die Wohnqualität deutlich verringert. Daraus folgt, dass besser Verdienende abwandern, die Häuser vernachlässigt werden und vermehrt Randgruppen einziehen. Dies wiederum bedeutet eine Abwertung ganzer Quartiere, soziale Probleme und wirtschaftliche Einbussen. Um das Mass der Lärmbelastung anzugeben, wird festgehalten, wie viele Baslerinnen und Basler einem Strassenlärm ausgesetzt sind, der über den gesetzlichen Grenzwerten liegt.

Ziel: Reduktion der Lärmbelastung für die Bevölkerung

Der Stand der Dinge

Im Jahre 2000 waren im Kanton Basel-Stadt 22,4% der Wohnbevölkerung, d. h. 44 525 Personen, einer nächtlichen Lärmbelastung von über 50 dB (A) ausgesetzt (Abb. 25). Gegenüber 1995 mit 23,5% hat sich die Zahl der Personen, die durch übermässigen Lärm belastet sind, um 11 Prozentpunkte vermindert. In absoluten Zahlen sind dies 4 337 Personen. Der Wert von 50 dB (A) stellt den nächtlichen Grenzwert an Lärmbelastung in der Empfindlichkeitsstufe II dar. Für Bewohner/-innen in der Empfindlichkeitsstufe III liegt der nächtliche Grenzwert bei 55 dB (A). Deshalb ist der Anteil der Bevölkerung, welche einem Lärmpegel über dem jeweiligen Grenzwert ausgesetzt ist, etwas geringer – 13,7% in der Nacht bzw. 13,3% am Tag im Jahr 2000 (Abb. 25). Hauptverursacher ist der Verkehr (motorisierter Individualverkehr, Güterverkehr, öffentlicher Nahverkehr). Die Wirkungen der bereits ergriffenen Massnahmen wie geänderte Verkehrsführungen oder die Schaffung von Tempo-30-Zonen sind durch die Verkehrszunahme auf Hochleistungsstrassen sowie beim nächtlichen Verkehr teilweise kompensiert worden.

Der Bevölkerungsanteil, der durch Schallschutzfenster vor übermässigem Lärm geschützt wird, hat in den letzten Jahren stark zugenommen (Abb. 26). Im Jahr 2000 lebten 2 430 Einwohner/-innen in Wohnungen mit sa-

nierten Fenstern. In dieser Betrachtung nicht mitberücksichtigt sind die auf eigene Initiative eingebauten Schallschutzfenster. Mit dem Sanierungsprogramm III werden weitere rund 7 800 Personen vor übermässigem Lärm geschützt werden.

Blick in die Zukunft

Der Verkehrslärm kann durch Massnahmen bei der Verkehrsplanung (Temporeduktion, Nachtfahrverbot etc.), durch eine weitsichtige Nutzungsplanung (beispielsweise Umnutzung von Wohnraum an lärmbelasteten Strassen) sowie durch eine Raumplanung, die das Verkehrsaufkommen generell reduziert, positiv beeinflusst werden.

Als Ersatzmassnahme können bei lärmempfindlichen Räumen Schallschutzfenster eingebaut werden. Dies ist jedoch keine nachhaltig wirksame Lösung, da die Lärmquelle nicht behoben wird. Zudem sieht die Lärmschutzverordnung vor, dass die Grenzwerte in der Mitte des offenen Fensters eingehalten werden müssen. Die konsequente Förderung des öffentlichen Verkehrs kann auch zur Verminderung des Lärms durch den Individualverkehr beitragen. Das Strassensanierungsprogramm III wird für viele Basler und Baslerinnen eine weitere Verbesserung der Lärmsituation durch den Einbau von Schallschutzfenstern ab 67 dB (A) bringen.

Erläuterungen

Lärmbelastete Einwohner/-innen sind Personen, welche einer Lärmbelastung über dem Immissionsgrenzwert gemäss Lärmschutzverordnung (LSV) ausgesetzt sind. Die in der LSV festgehaltenen Immissionsgrenzwerte drücken das Mass an Lärmbelastung aus, das zirka 75% der Bevölkerung erträgt, ohne sich erheblich gestört zu fühlen. Übermässiger Lärm macht krank: Er führt zu Schlafstörungen, Konzentrationsschwächen, Nervosität etc. Wohngebiete sind gemäss Lärmempfindlichkeitsstufenplan den Stufen II (Wohnzonen) und III (Wohn-/Gewerbebezonen) zugeteilt mit unterschiedlichen Grenzwerten: ES II: 60 dB (A) Tag, 50 dB (A) Nacht, ES III: 65 dB (A) Tag, 55 dB (A) Nacht
dB (A) ist die übliche Masseinheit zur Messung von Lärmstärke

Quellen: Strassenlärmkataster, Amt für Umwelt und Energie, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/laerm.htm. Amt für Bausubventionen, 061 267 92 14, www.bd.bs.ch/abz

Weiterführende Informationen

- Strassenlärmkataster, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/laerm/kataster-strassenlaerm.htm
- Lärmschutzverordnung (LSV), Justizdepartement des Kantons Basel-Stadt, www.gesetzessammlung.bs.ch
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Anteil lärmbelasteter Einwohner/-innen

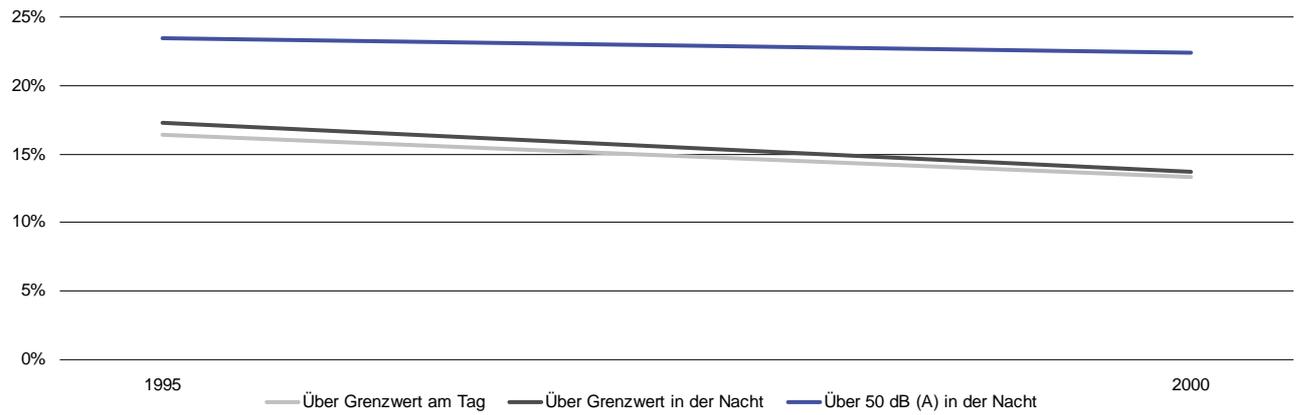


Abb. 25

Einwohner/-innen mit lärmsanierten Fenstern

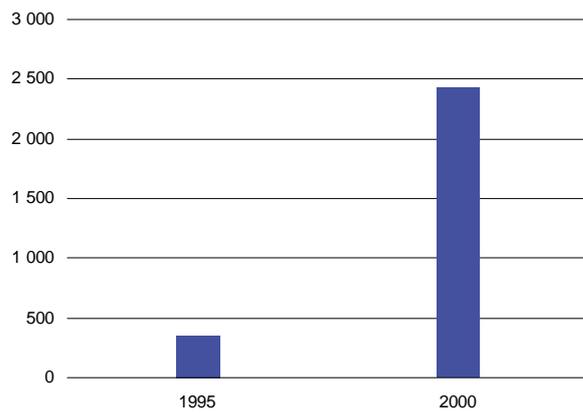


Abb. 26

CO₂-Emissionen

Kohlendioxid (CO₂) ist ein klimawirksames Gas. Der Anstieg des CO₂-Gehaltes in der Atmosphäre führt gemäss wissenschaftlichen Erkenntnissen zu einer Temperaturerhöhung auf der Erde. Als Folge davon sind verschiedene Szenarien denkbar: Anstieg der Meeresspiegel, Verlagerung der Klimazonen, Ausdehnung der Wüsten, Erhöhung der Schneefallgrenze, Rückgang des Permafrosts in den Bergen, vermehrte Unwetter mit Überschwemmungen, Schlammlawinen. Obwohl diese Szenarien noch mit gewissen Unsicherheiten behaftet sind, entspricht es dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung, durch Vorsorge – in diesem Fall durch Reduktion der CO₂-Emissionen – den Lebensraum der kommenden Generationen zu schützen und zu erhalten.

Ziele: Verminderung des Energieverbrauchs und Verminderung der CO₂-Emission zum Klimaschutz

Der Stand der Dinge

Im Jahr 2000 wurden im Kanton Basel-Stadt rund 948 000 Tonnen Kohlendioxid ausgestossen. Dies entspricht 5 Tonnen pro Kopf und Jahr (Abb. 27). Aus den Feuerungen (Fernwärme, Industrie, Haushalte/Gewerbe/Dienstleistung) stammen 65%, aus dem Strassenverkehr rund 20% und aus der Abfallverbrennung etwa 8,5%. Bei den Feuerungen ist seit 1990 eine Abnahme zu verzeichnen, dagegen nehmen die CO₂-Emissionen beim Strassenverkehr weiterhin zu.

Absolut gesehen haben die CO₂-Emissionen seit 1990 abgenommen. Wegen des Bevölkerungsrückgangs in der gleichen Zeitspanne stiegen die Emissionen pro Kopf jedoch leicht an.

Beim Energieverbrauch nach Verbrauchergruppen ist beim Verkehr eine deutliche Zunahme (+21,5%) erkennbar, ebenso bei Gewerbe und Dienstleistung (+10,3%) (Abb. 28). Eine Abnahme verzeichnen die Gruppe Haushalte mit einer Reduktion von 29,3% und die Industrie (-13,5%).

Nicht nur der gesamte Energieverbrauch ist aus der Perspektive der Nachhaltigkeit von Bedeutung, sondern auch die Art der Energieproduktion. Der Anteil erneuerbarer Energie nimmt in Basel fast kontinuierlich zu und betrug im Jahre 2004 rund 6,9% (Abb. 29). Der grösste Anteil wird durch die Abfallverbrennung beigetragen. Es werden dabei 50% der Energie, die aus dem Abfall ge-

wonnen werden, als erneuerbar eingerechnet (1 137 TJ/a; 2004). Die Energie aus der Abfallverbrennung wird sowohl als Wärme (Dampf, Fernwärme) wie auch als Strom genutzt. Neben der Kehrlichtverbrennung spielt zur Wärmeerzeugung auch die Abwärme der ARA bei der Schlammverbrennung eine Rolle, ferner die Geothermie (Erdwärme), die Umweltwärme, Waldholzabfälle und Sonnenkollektoren. Bei der Stromerzeugung werden neben der Abfallverbrennung Fotovoltaik und Windkraft eingesetzt. Die Stromproduktion aus Wasserkraft wird nicht als erneuerbare Energie angerechnet.

Blick in die Zukunft

Um die Ziele des Schweizer CO₂-Gesetzes bis 2010 erreichen zu können, müssen die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 10% – also um 96 000 Tonnen oder rund 0,5 Tonnen pro Kopf – gesenkt werden. Das erfordert einen reduzierten Verbrauch von fossiler Energie (Erdöl, Erdgas, Kohle), beispielsweise durch den Einsatz erneuerbarer Energie (Sonne, Wind, Wasserkraft, Biomasse) und effizientere Energienutzung. Basel-Stadt verfügt über ein griffiges Energiegesetz. Es fördert Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Eine grosse Herausforderung ist der Verkehr, da Effizienzverbesserungen bei den Fahrzeugen durch höhere Fahrleistungen wettgemacht werden. In diesem Bereich besteht Anlass zum Handeln: Ohne griffige Massnahmen wird sich das ehrgeizige Ziel der CO₂-Reduktion nicht realisieren lassen.

Erläuterungen

TJ/a = Terajoule pro Jahr, 1 TJ/a = 10¹² Joule/a

Quellen: CO₂-Emissionen, Lufthygieneamt beider Basel, Tel. 061 925 56 19, www.basler-luft.ch. Energiestatistik, Amt für Umwelt und Energie, Tel. 061 225 97 30, www.aue.bs.ch/fachbereiche/energie.htm

Weiterführende Informationen

- Umweltbericht 2001 beider Basel, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, www.aue.bs.ch/dienstleistungen/publikationen.htm
- Energiestatistik 2004 und Statistik zu erneuerbarer Energie 2004, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, www.aue.bs.ch/fachbereiche/energie/daten-und-fakten.htm
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch
- Klima Schweiz, Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, www.klima-schweiz.ch
- Klimaportal der Schweiz, www.climate-change.ch

CO₂-Emissionen pro Kopf (in Tonnen)

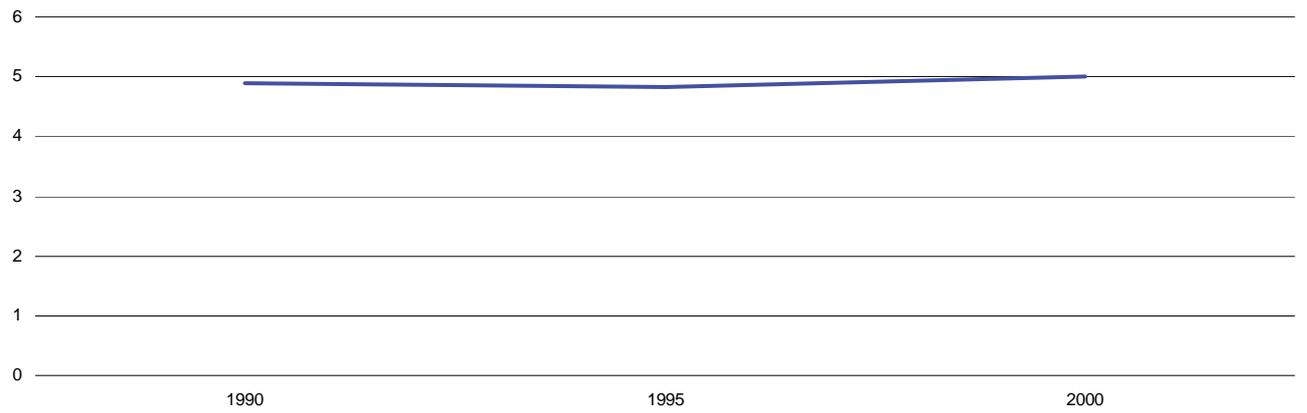


Abb. 27

Energieverbrauch nach Verbrauchergruppen (in TJ)

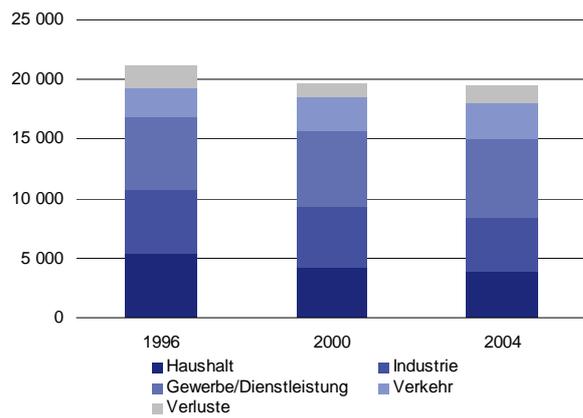


Abb. 28

Anteil erneuerbare Energie am Bruttoenergieverbrauch

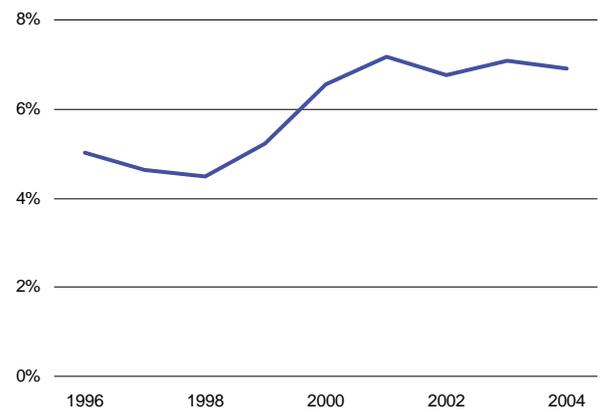


Abb. 29

Abfall

Die nachhaltige Entwicklung hat zum Ziel, den Ressourcenverbrauch zu minimieren und die Stoffkreisläufe zu schliessen. Diesem Ziel entspricht die Vermeidung von Abfall: Einerseits werden weniger Ressourcen gebraucht, die später als Abfall anfallen, andererseits entstehen weniger Schadstoffe bei der Abfallentsorgung. Denn trotz bester Technik entlässt eine Kehrichtverbrennungsanlage Schadstoffe in die Luft (z.B. NO_x). Zudem fallen Schadstoffe in der Asche, im Elektrofilter oder in der Rauchgaswäsche an. Für die Entsorgung von Schlacke und Filterasche wird zudem Deponieraum benötigt, was Bodenressourcen verbraucht.

Ziele: Verminderung des Ressourcenverbrauchs (Rohstoffe) durch Vermeiden von Abfall und Verminderung Schadstoffemissionen in die Umwelt (Luft, Wasser, Boden)

Der Stand der Dinge

Mit der Einführung der Abfallsackgebühr im Jahre 1993 hat die Menge des Hauskehrichts stark abgenommen. Seither werden pro Einwohner/-in und Jahr in der Kehrichtverbrennungsanlage rund 195 kg Abfall aus den Haushalten verbrannt (Abb. 30). Dies entspricht einer jährlichen Gesamtmenge von 37 700 Tonnen. Jährlich nimmt die zu verbrennende Abfallmenge leicht ab.

Insgesamt wurden im Jahr 2000 80 000 Tonnen Siedlungsabfälle aus Haushalt, Industrie und Gewerbe entsorgt. Dies entspricht rund 424 kg pro Kopf und Jahr. Dieser Wert liegt unter dem schweizerischen Durchschnitt von 460 kg pro Kopf und Jahr (2000).

Mit der Einführung der Abfallsackgebühr (1. Juli 1993) nahm die Recyclingmenge pro Kopf kontinuierlich zu und bewegt sich heute auf hohem Niveau (Abb. 31). Rund die Hälfte der rezyklierten Haushaltsabfälle stammt heute aus Papier- und Kartonsammlungen (76,5 kg/Ew. Jahr), weitere 29,7 kg pro Kopf und Jahr aus Altglas-Sammelstellen.

Gemäss der im 2001/2002 vom BUWAL durchgeführten Untersuchung über den Inhalt der Basler Bebbi-Säcke machen die biogenen Reststoffe 41% des Gewichts aus. Diese Abfälle aus Küche und Garten könnten durch Kompostierung oder Vergärung verwertet werden. Erheblich ist auch der Anteil der Papierabfälle (15%). Ein Fünftel davon liesse sich wiederverwerten. Und das in

den Kehrichtsäcken enthaltene Glas (5%) und Altmetall (2%) könnte ebenfalls mehrheitlich verwertet werden.

Positiver Aspekt der heutigen Abfallverbrennung ist die Energienutzung (Dampf, Wärme, Elektrizität). In der KVA werden pro Jahr rund 2 100 TJ an das Fernwärmenetz und etwa 160 TJ an das Stromnetz abgegeben (Angaben aus dem Jahr 2004). Mit 1 TJ lassen sich ca. 25 neue Einfamilienhäuser während eines Jahres mit Brennstoff für Raumheizung und Brauchwarmwasser versorgen oder mit einem Personenwagen 330 000 km fahren.

Blick in die Zukunft

Die Abfallmenge wird in den kommenden Jahren tendenziell weiter sinken. Dies vor allem, weil im Bereich des Recyclings von Wertstoffen noch einige Verbesserungen möglich sind. Noch immer gelangen (vor allem aus der Wirtschaft) Wertstoffe in die KVA und werden dort verbrannt, obwohl sie rezykliert werden könnten. Zudem findet sich heute im Hauskehricht ein relativ hoher Anteil an Grünabfällen, die mittels Kompostierung oder Vergärung entsorgt werden könnten. Durch das Recycling von Kunststoffen könnte die in der KVA anfallende Abfallmenge nochmals merklich reduziert werden.

Das Recycling muss weiter verfeinert werden. Im Grundsatz gilt es aber, Abfälle wo immer möglich zu vermeiden. Projekte wie «Mehrwegbecher statt Wegweggeschirr» sind Schritte in diese Richtung.

Erläuterungen

TJ/a = Terajoule pro Jahr, 1 TJ/a = 10¹² Joule/a

Haushaltsabfälle sind nicht verwertbare Siedlungsabfälle ohne Wertstoffe

Quellen: Abfallstatistik, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 639 22 22, www.aue.bs.ch/fachbereiche/abfaelle.htm

Weiterführende Informationen

- Abfallbericht 2002, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, www.aue.bs.ch/dienstleistungen/publikationen.htm
- Umweltbericht 2001 beider Basel, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, www.aue.bs.ch/dienstleistungen/publikationen.htm
- Energiestatistik 2004 und Statistik zu erneuerbarer Energie 2004, Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt, www.aue.bs.ch/fachbereiche/energie/daten-und-fakten.htm
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Haushaltsabfälle pro Kopf (in Kilogramm)

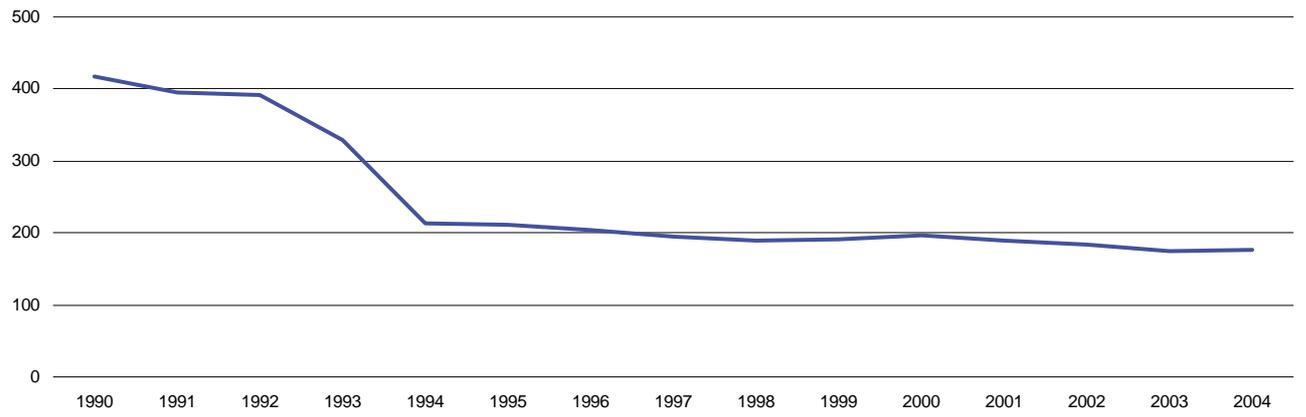


Abb. 30

Recyclingmenge pro Kopf (in Kilogramm)

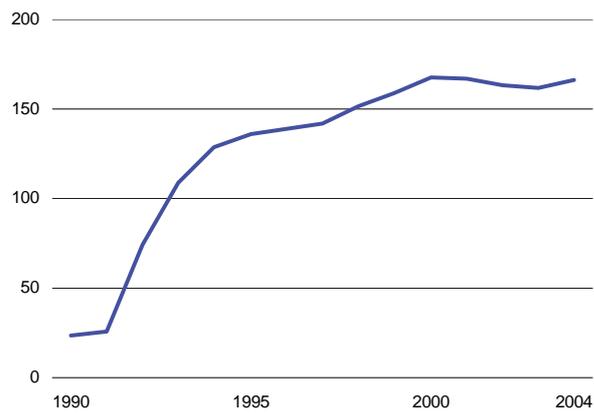


Abb. 31

Bodenversiegelung

Unverbauter, freier und gesunder Boden ist eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource, die auch künftigen Generationen zur Verfügung stehen soll. Offene, naturbelassene Böden bieten Erholungs-, Begegnungs- und Spielfläche, ermöglichen den Temperatur- und Feuchtigkeitsausgleich und sind Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Weiter dient der Boden als Grundwasserspender und Reinigungsfilter, weil Regenwasser darin versickern kann. Durch die Versiegelung, also die Bedeckung des Bodens mit undurchlässigem Material wie Teer, Asphalt oder Gebäuden, verliert der Boden diese wichtigen Funktionen weitgehend.

Ziele: Verminderung des Bodenverbrauchs, Erhaltung der Artenvielfalt auch im städtischen Raum, Verminderung von Niederschlagswasser auf der Kläranlage und Verbesserung von Wohn- und Lebensqualität

Der Stand der Dinge

Im Jahr 2004 umfasst die versiegelte Basler Bodenfläche rund 1 717 ha. Bei einer Gesamtfläche (ohne Rheinanteil) von 3 569 ha bedeutet dies, dass 48,1% des Kantonsgebiet versiegelt sind (Abb. 32). Im Untersuchungszeitraum seit 1982 steigt dieser Anteil leicht an und wuchs im Vergleich zur Gesamtfläche um 0,7 Prozentpunkte (von 47,4 auf 48,1%). Bei einer mittleren Wohnbevölkerung von 188 443 Personen heisst dies auch, dass pro Kopf eine Fläche von 91 m² bebaut bzw. durch Strassen oder asphaltierte Areale befestigt ist.

Blick in die Zukunft

Der sorgsame Umgang mit unversiegeltem Boden ist eine Herausforderung an die Nutzungsplanung und die Stadtentwicklung. Ziel ist es, trotz Stadtentwicklungsmassnahmen eine ausgeglichene Grünzonenbilanz zu erreichen. Es gilt dabei einerseits, die Möglichkeit der Verdichtung zu nutzen, andererseits bei Umnutzungen von Verkehrs- und Gewerbearealen zu Wohngebieten für eine Umzonung von Teilflächen zu Grünzonen zu sorgen.

Erläuterungen

Bodenversiegelung bezeichnet den Anteil des versiegelten Bodens im Vergleich zur gesamten Kantonsfläche. Als versiegelt gelten gemäss Arealstatistik bis 1994: Strassen, Plätze, Parkplätze und Gebäudegrundflächen. Bei Höfen, Gärten und Lagerflächen wird ein Versiegelungsgrad von 50% angenommen. Gemäss den Zahlen zur Bodenbedeckung ab 2002 gelten als versiegelt: Gebäude, befestigte Areale, Strassen und Gewässervorland. Gewässer werden aus der Betrachtung ausgeschlossen (inkl. befestigte Wasserbecken).

Quellen: Arealstatistik der Schweiz (bis 2002), Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch. Arealstatistik Basel-Stadt (ab 2002), Grundbuch- und Vermessungsamt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 92 85, www.gva.bs.ch

Weiterführende Informationen

- Bodennutzung im Kanton Basel-Stadt, www.statistik.bs.ch/themen/02/bodennutzung
- Freiraumkonzept, Baudepartement des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 91 52, www.bd.bs.ch/freiraumkonzept.htm
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Anteil versiegelter Boden



Abb. 32



Indikatoren zur Gesellschaft

Altersquotient

Existenzsicherung

Gesundheitszustand

Integration

Lohngleichstellung

Gewaltstraftaten

Zufriedenheit

Altersquotient

Unter einem nachhaltigen Gesichtspunkt ist eine Bevölkerungsentwicklung wünschbar, die eine gerechte Lastenverteilung erlaubt. Die Anzahl Personen im erwerbsfähigen Alter sollte – nicht zuletzt wegen der Finanzierung der Sozialwerke – in einem für sie tragbaren Verhältnis zu den übrigen Personen stehen. Der Altersquotient bildet die Durchmischung der Bevölkerung ab und zeigt auf, wie sich der Anteil der über 65-Jährigen im Vergleich zur Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren entwickelt. Je höher der Quotient, desto mehr spricht man von zunehmender Alterung der Wohnbevölkerung.

Ziel: ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Generationen

Zum Stand der Dinge

Ab 1985 stieg der Altersquotient bis zu einem Maximum von 33,9% im 2001 stetig an (Abb. 33). Seit drei Jahren ist der Quotient wieder im Sinken begriffen und erreichte 2004 einen Wert von 32,7%. Der entsprechende Vergleichswert für die Gesamtschweiz lag für 2003 bei 25,3%.

Der Jugendquotient widerspiegelt das Potenzial der Bevölkerungsentwicklung für die nächsten Jahre. Er erreichte in Basel-Stadt seinen tiefsten Stand 1988 mit 24,7% und stieg bis 1999 auf 28,2% an (Abb. 34). Seither ist die Tendenz eher sinkend. 2004 betrug der Jugendquotient 26,9%. Analog zum Altersquotienten besteht im Vergleich zur gesamtschweizerischen Wohnbevölkerung eine beträchtliche Abweichung. Der Jugendquotient der Schweiz betrug 2003 36,0%.

Als weiterer Hilfsindikator wird die Wohnbevölkerung beigezogen. Sie hat in Basel-Stadt in den Jahren 1985 bis 2004 abgenommen – insgesamt um rund 7 Prozent (von 202 113 auf 188 479) (Abb. 35).

Blick in die Zukunft

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Generationen bleibt auch in Zukunft wichtig und ist eine Voraus-

setzung für die nachhaltige Entwicklung des Kantons. Dieses ist entscheidend für die Stabilisierung der Steuereinnahmen und der Sozialversicherungen: Ein hoher Anteil an Erwerbstätigen im Alter von 20 und 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung sichert die zukünftigen Steuereinnahmen und Beiträge an die Sozialversicherungen.

Das Trendszenario des Bundesamts für Statistik für den Kanton Basel-Stadt sieht bis ins Jahr 2040 eine Zunahme des Altersquotienten auf 38,6% voraus. Dies ist die Konsequenz davon, dass die Geburtenzahlen zurückgehen und die Lebenserwartung der Bevölkerung steigt.

Diese demographischen Entwicklungen sind schwer zu beeinflussen. Deshalb ist es auch in Zukunft wichtig, die Attraktivität des Kantons für Familien zu steigern. Der zweite Familienbericht mit entsprechenden Massnahmenvorschlägen erschien im Juni 2005. Weiter bildet die demographische Entwicklung auch in der politischen Planung einen wichtigen Punkt. Nur so kann eine der Bevölkerungsstruktur angepasste Infrastruktur im Gesundheits-, Bildungs- und Arbeitsmarktsektor bereitgestellt werden.

Erläuterungen

Der *Altersquotient* bezeichnet das Verhältnis der über 64-Jährigen zur Anzahl Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren, der *Jugendquotient* bezeichnet das Verhältnis der unter 20-Jährigen zur Anzahl Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren.

Quellen: Bevölkerungsstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch

Weiterführende Informationen

- Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsdynamik beider Basel. Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/publikationen/stadt_region

Altersquotient

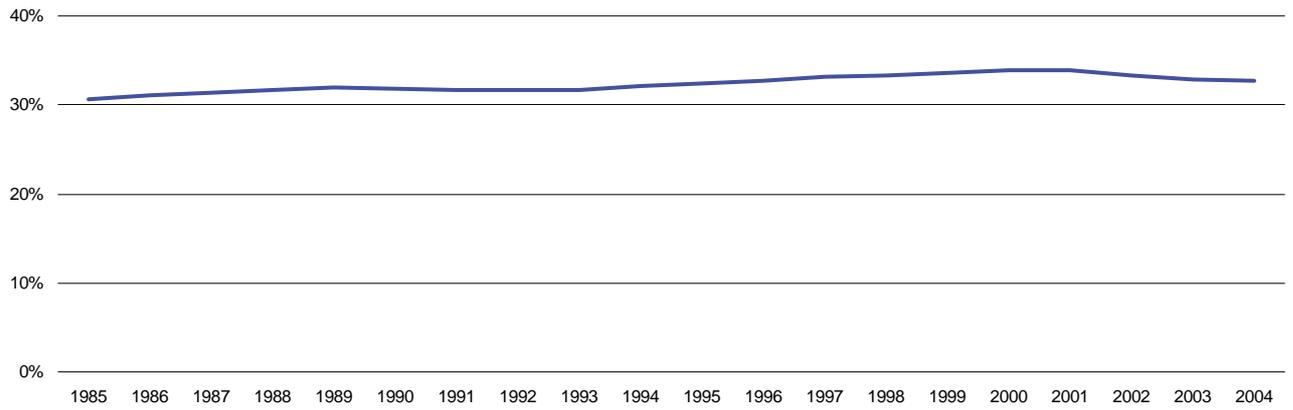


Abb. 33

Jugendquotient

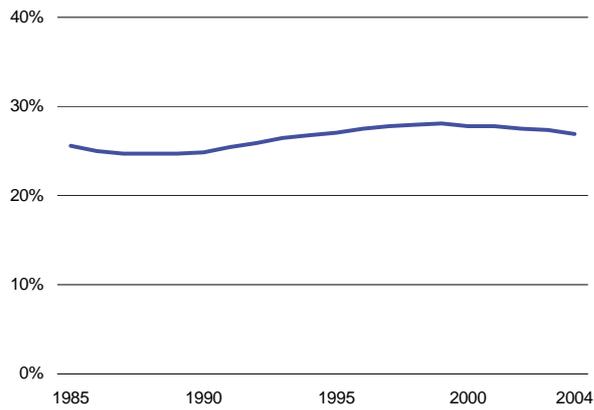


Abb. 34

Wohnbevölkerung

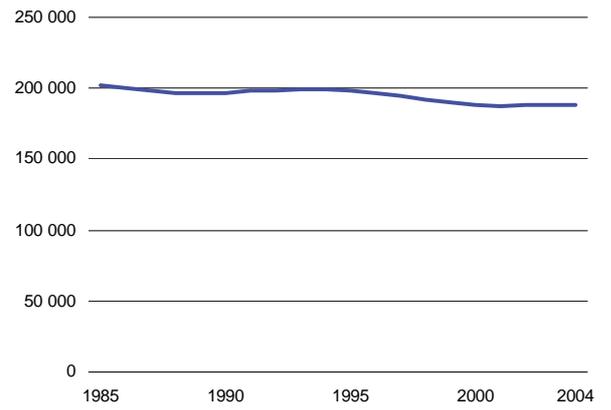


Abb. 35

Existenzsicherung

Die Sicherung der materiellen Existenz aller Gruppen in der Bevölkerung ist eine grundlegende Voraussetzung zur nachhaltigen Entwicklung. Nebst Sozialversicherungsleistungen und verschiedenen zielgerichteten Unterstützungsleistungen (z.B. Prämienverbilligung, Ausbildungsbeiträge) richtet der Staat existenzsichernde, finanzielle Leistungen an bedürftige Personen aus. Unter existenzsichernden Leistungen wird hier derjenige Anteil der Wohnbevölkerung ausgewiesen, der Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen zur AHV/IV erhält. Idealerweise ist diese Quote möglichst tief. Es wird jedoch immer Menschen geben, die auf Sozialleistungen – eine der grossen Errungenschaften des modernen Staates – angewiesen sind. Dennoch sollten möglichst viele Menschen ihren Lebensunterhalt aus eigenen Kräften bestreiten können.

Ziel: Existenzsicherung für alle Gruppen der Gesellschaft

Zum Stand der Dinge

In Basel waren im Jahre 2004 rund 21 400 Personen auf staatliche existenzsichernde Unterstützung angewiesen. Davon sind rund 10 000 auf direkte Sozialhilfe angewiesen und knapp 11 400 sind Empfänger/-innen von Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV. Damit beträgt der Anteil unterstützter Personen an der gesamten Bevölkerung 11,6% (2004). Seit 1999 (7,8%) hat dieser Anteil stetig zugenommen (Abb. 36).

Auch die jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 Jahren sind zunehmend auf Sozialhilfe angewiesen. Im Jahr 2004 beträgt deren Sozialhilfequote 11,2% (Abb. 37). Auch Zürich weist eine ähnlich stark steigende Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen auf. Dagegen ist diese in Bern über die letzten Jahren ziemlich konstant.

Blick in die Zukunft

Ein weiterer Anstieg der existenzsichernden Leistungen ist aus finanz-, aber auch sozialpolitischen Gründen zu

vermeiden. Die Entwicklung der Fallzahlen der Sozialhilfe hängen dabei stark mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt sowie den Regelungen bei der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung ab. Basel-Stadt legt im Bereich der sozialen Sicherheit besonders Gewicht auf Massnahmen, welche die Eigenkräfte und die Leistungsfähigkeit seiner Einwohner/-innen im Interesse des Einzelnen und der Gesamtgesellschaft verstärken und nutzbar machen. Besonders wichtig ist die arbeitsmarktliche Integration junger Erwachsener und die Bekämpfung der Familienarmut. Dabei spielen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Investitionen in (Aus-)Bildung sowie die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle.

Zu den existenzsichernden Leistungen zählen wie erwähnt auch die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Der Anteil betagter Personen ist in Basel-Stadt hoch. Dank den Ergänzungsleistungen und den Pflegebeihilfen sind im Kanton Basel-Stadt kaum mehr betagte oder behinderte Personen von der Sozialhilfe abhängig.

Erläuterungen

Die Leistungen der Existenzsicherung zeigen denjenigen Anteil der Wohnbevölkerung, der im Dezember des jeweiligen Jahres Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen der AHV/IV empfing. Bei der Berechnung der Sozialquote nach alter Methode basieren die Angaben zu den Ergänzungsleistungen zur AHV bzw. IV auf Fallzahlen, die anhand eines Faktors zu Personenzahlen umgerechnet werden. Bei der neuen Berechnungsmethode werden direkt die erfassten Personenzahlen zur Berechnung der Quote verwendet.

Die Sozialhilfequote der 18- bis 25-Jährigen beschreibt die kumulierte Anzahl Sozialhilfefälle (inkl. Fremdplatzierte) der 18- bis 25-Jährigen im Verhältnis zu allen Sozialhilfefälle im entsprechenden Jahr.

Quellen: Sozialhilfestatistik und Statistik zu Ergänzungsleistungen der AHV/IV, Bericht der Städteinitiative Sozialpolitik: Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten, Berichtsjahr 2004

Weiterführende Informationen

- Amt für Sozialbeiträge des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 86 65, www.asb.bs.ch
- Sozialhilfe der Stadt Basel, Tel. 061 685 16 00, www.sozialhilfe.adminbs.ch
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Anteil Empfänger/-innen von existenzsichernden Leistungen

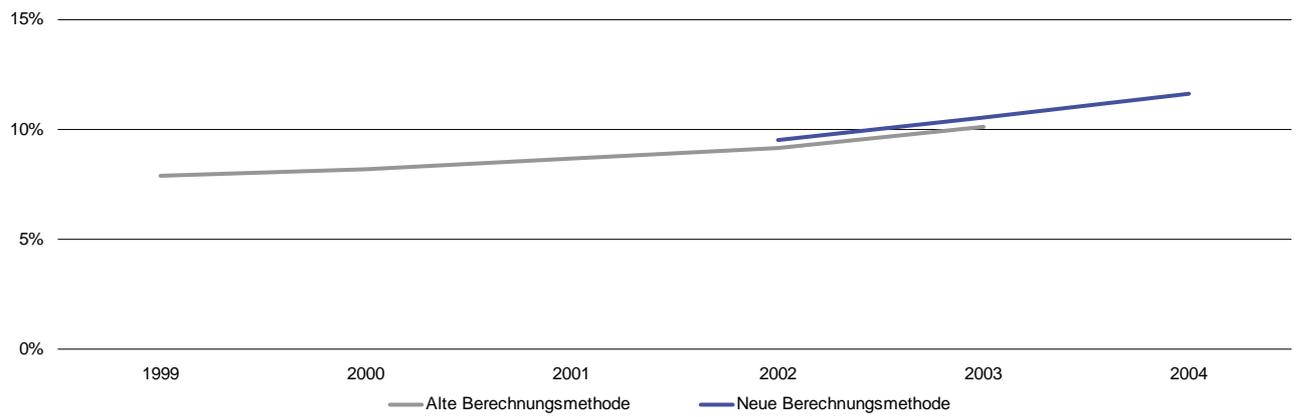


Abb. 36

Sozialhilfequote der 18- bis 25-Jährigen (Anzahl Personen pro 1 000 Einwohner/-innen)

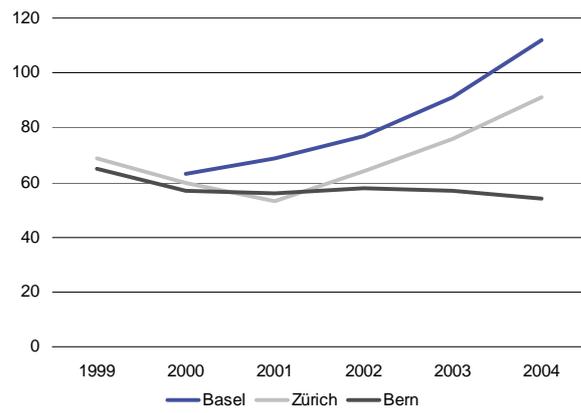


Abb. 37

Gesundheitszustand

Der Gesundheitszustand ist ein Gradmesser für Lebensqualität und gesunde Lebensbedingungen. Gemäss der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Gesundheit mit körperlichem, psychischem und sozialem Wohlbefinden gleichzusetzen. Eine gesunde Bevölkerung ist ein Zeichen für nachhaltige Entwicklung. Es zeigt, dass die Bevölkerung die Wichtigkeit der Gesundheit erkennt und sich entsprechend gesundheitsfördernd verhält. Zudem verursacht eine gesunde Bevölkerung tiefere Gesundheitskosten.

Ziel: gesunde Lebensbedingungen für die Bevölkerung

Zum Stand der Dinge

Wie aus der schweizerischen Gesundheitsbefragung im Jahr 2002 hervorgeht, schätzen 79,7% der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt ihren Gesundheitszustand als «sehr gut» oder «gut» ein (Abb. 38). Im Vergleich zur Befragung im Jahr 1992 ging dieser Anteil leicht zurück; 1992 schätzten 81,4% ihre Gesundheit als «sehr gut» oder «gut» ein.

Die Basler Werte liegen unter dem gesamtschweizerischen Mittel: In der ganzen Schweiz fühlten sich im Jahr 1992 87% der Männer und 83% der Frauen gesundheitlich gut oder sehr gut. Im Jahr 2002 waren es sogar 88% der Männer und 84% der Frauen.

Der selbst eingeschätzte Gesundheitszustand variiert bei den verschiedenen Altersgruppen (Abb. 39). Der Anteil an Personen, die ihre Gesundheit als gut oder sehr gut einschätzen, ist am höchsten zwischen dem 15. und 34. Lebensjahr und nimmt danach mit zunehmendem Alter ab.

Die Gesundheitsbefragung hat aber auch gezeigt, dass die Basler Bevölkerung häufiger unter verschiedenen gesundheitlichen Problemen leidet. Über ein Drittel der Bevölkerung ist übergewichtig, was einen klassischen medizinischen Risikofaktor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen darstellt. Über dem Schweizer Durchschnitt liegt

Basel-Stadt auch in Bezug auf Gesundheitsprobleme wie z.B. psychische Beschwerden, Stürze im Alter, Bluthochdruck und Zigarettenkonsum. Umgekehrt besteht ein erhebliches Potenzial für die Gesundheitsförderung und die Prävention.

Blick in die Zukunft

Wohlbefinden im Sinne der Definition der WHO setzt neben einer guten Gesundheitsversorgung auch wirkungsvolle Massnahmen in der Prävention voraus: Dazu gehören unter anderem Bewegung, Sport und Ernährung. Diesen Aspekten wird in den nächsten Jahren mehr Aufmerksamkeit zu widmen sein, denn der Gesundheitszustand wird deutlich mehr durch Lebensstil, berufliche Tätigkeit, Gewohnheiten (zum Beispiel beim Essen) und andere gesellschaftliche Faktoren beeinflusst als durch eine gute Gesundheitsversorgung.

Der neue Fachbereich für Gesundheitsförderung im Gesundheitsdepartement ist seit 2005 das Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung und -prävention, wo neue Massnahmen erarbeitet werden, um die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten und gezielt zu fördern. Insbesondere wird ein Augenmerk auf Kinder und Jugendliche zu richten sein, die zunehmend an Übergewicht und psychosomatischen Störungen leiden. Geplant sind langfristig angelegte Präventionskampagnen, die bereits im Kindergarten beginnen.

Erläuterungen

Sehr guter bzw. guter Gesundheitszustand bezeichnet den Anteil der Bevölkerung, der laut Befragung den eigenen Gesundheitszustand als «sehr gut» oder «gut» einschätzt. Der Wert widerspiegelt das persönliche Wohlbefinden der Bevölkerung. Erfahrungsgemäss besteht ein enger Zusammenhang zwischen der selbst beurteilten Gesundheit und dem Sterberisiko sowie zwischen der selbst beurteilten Gesundheit und der persönlichen Voraussage von Erkrankung und körperlichen Einschränkungen.

Quellen: Schweizerische Gesundheitsbefragung 1992/93 und 2002, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch

Weiterführende Informationen

- Gesundheitsdienste des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 95 26/28, www.gesundheitsdienste.bs.ch
- Gesundheit im Kanton Basel-Stadt, Ergebnisse aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2002, Statistisches Amt des Kanton Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/kennzahlen/Gesundheit
- Gesundheit beider Basel, Daten und Fakten zu den Spitälern und Sozialmedizinischen Institutionen, Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft, www.baselland.ch/docs/fkd/statist/main_stat.htm
- Bevölkerungsbefragung des Kantons Basel-Stadt 2005, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/kennzahlen/bevbef05

Anteil der Bevölkerung mit sehr gutem bzw. gutem Gesundheitszustand

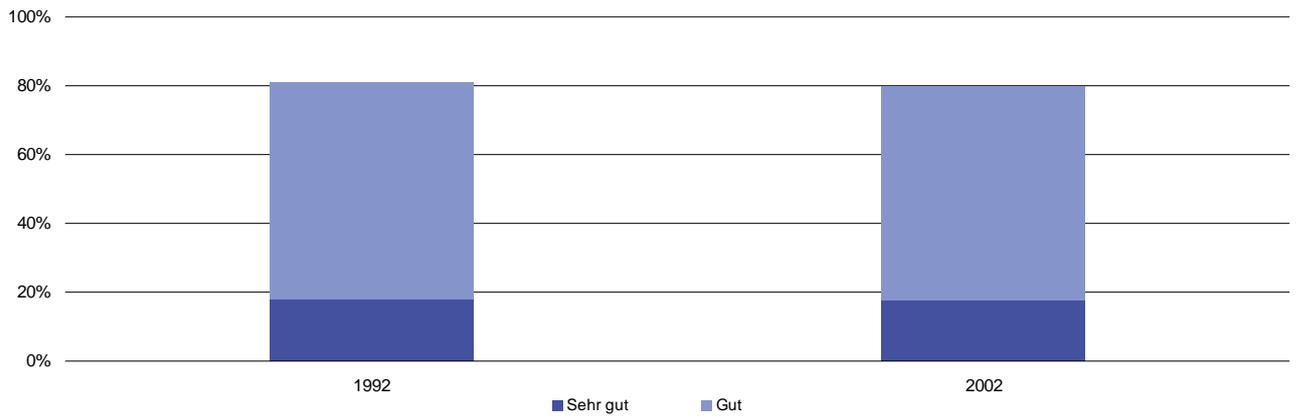


Abb. 38

Gesundheitszustand nach Altersgruppen im Jahr 2002

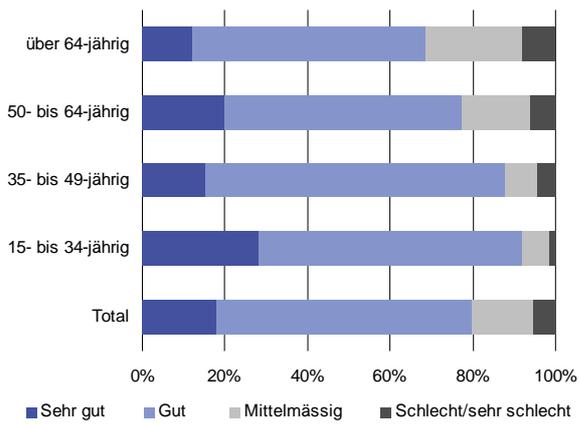


Abb. 39

Integration

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Basel ist hoch und weiter im Steigen begriffen. Die Integration der ausländischen Bevölkerung, also ihre Teilnahme am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, ist ein wichtiger Faktor für die nachhaltige Entwicklung im Kanton Basel-Stadt. Integration ist nicht direkt messbar. Mit dem Vergleich der Gymnasialquoten von schweizerischen und ausländischen Jugendlichen wird aber ein wichtiger Aspekt der Integration beleuchtet.

Ziel: Integration durch Schaffen von gleichen Voraussetzungen

Zum Stand der Dinge

Das Verhältnis der Gymnasialquoten von Schweizer bzw. ausländischen Schülern/-innen ergibt für Basel einen Wert zwischen 0,35 (1998) und 0,44 (2003) (Abb. 40). Ausländische Jugendliche sind an den Gymnasien deutlich untervertreten. Ein klarer Trend ist im Beobachtungszeitraum nicht auszumachen. Der aktuelle Wert von 2004 weist mit 0,35 ein im Vergleich zu den Vorjahren tiefes Verhältnis der Gymnasialquoten auf. Gründe dafür sind in der im letzten Jahr durchgeführten Reform der Weiterbildungsschule (WBS) zu suchen. Die jetzige Möglichkeit, zwischen zwei Leistungszügen in der WBS zu wählen, veranlasste demzufolge vermehrt ausländisch Lernende, statt das Gymnasium den höheren WBS-Leistungszug zu besuchen.

In Basel schwankte der Anteil von Schweizer Schulabgängern, die ins Gymnasium eintreten, zwischen 1998 und 2004 von Jahr zu Jahr zwischen 40 und 52% (= Gymnasialquote Schweizer/-innen) (Abb. 41). Bei den Ausländern/-innen stieg der Anteil seit 1998 von rund 14 auf 17% (= Gymnasialquote Ausländer/-innen).

Der detaillierte Vergleich der Gymnasialquoten zeigt, dass sowohl bei den ausländischen wie auch bei den Schweizer Jugendlichen mehr Frauen als Männer das Gymnasium besuchen. Bei den ausländischen Jugend-

lichen ist der Frauenanteil im Gymnasium grösser als bei den Schweizern/-innen (Abb. 41).

Unterschiede bei der Gymnasialquote zeigen sich auch zwischen den Staatsangehörigkeiten: Die Gymnasialquote der Jugendlichen aus Mazedonien und Serbien/Montenegro – also aus Ländern, aus denen erst seit den 80er Jahren vermehrt Personen einwandern – liegt unter der Quote der Italiener/-innen. Deutsche Jugendliche besuchen das Gymnasium sogar noch häufiger als Schweizer/-innen und haben eine Gymnasialquote von rund 60% (Abb. 42).

Blick in die Zukunft

Alle Jugendlichen sollten unabhängig von Geschlecht und sozialer oder kultureller Herkunft die gleichen Bildungschancen haben. Daher sollte das Verhältnis der Gymnasialquote von ausländischen und Schweizer Jugendlichen gegen 1 streben. Der vorliegende Entwurf eines kantonalen Integrationsgesetzes umschreibt die geplanten Förder- und Forderbereiche detailliert. Effiziente Koordinations- und Controllingstrukturen liefern zudem für alle Bereiche der Integrationspolitik wichtige Entscheidungsgrundlagen. Auf dieser Basis werden auch in Zukunft konkrete Massnahmen erarbeitet werden, welche die Realisierung gleicher Bildungschancen zum Ziel haben.

Erläuterungen

Die *Gymnasialquote* zeigt den Anteil von Gymnasiasten/-innen an allen Schülern/-innen des 8. und 9. Schuljahrs. Liegt der Wert beim Verhältnis der Gymnasialquoten von ausländischen bzw. Schweizer Schülern/-innen bei 1, ist der Bildungszugang für beide Gruppen gleich.

Quellen: Schulstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch

Weiterführende Informationen

- Erster Kennzahlenbericht zur Integration von Ausländern/-innen in Basel-Stadt, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/kennzahlen/integration
- Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 84 00, www.ed.bs.ch
- Kantonale Integrationsstelle Basel-Stadt, Tel. 061 267 78 40, www.welcome-to-basel.bs.ch
- GGG Informationsstelle Integration der Region Basel, www.integration-bsbl.ch
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Verhältnis der Gymnasialquoten von Ausländern/-innen und Schweizern/-innen

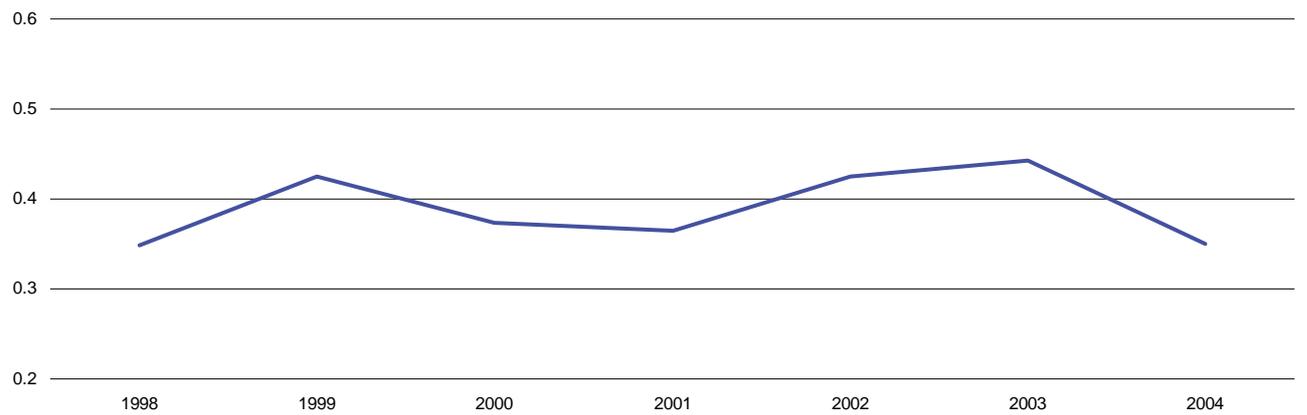


Abb. 40

Gymnasialquoten nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

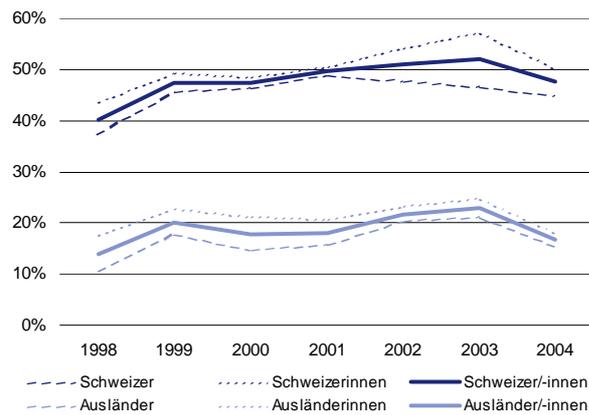


Abb. 41

Gymnasialquoten ausgewählter Nationen

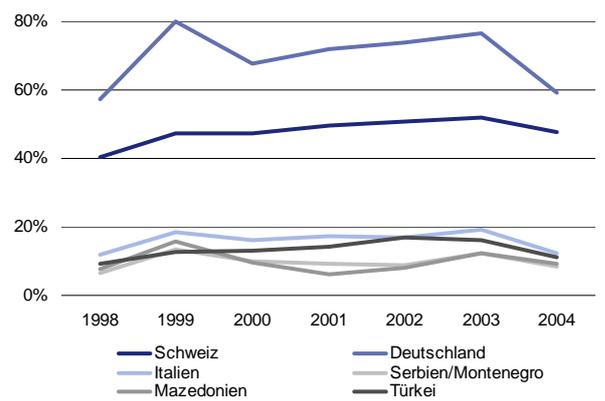


Abb. 42

Lohngleichstellung

Mit dem Ziel, die Ungleichbehandlung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft zu überwinden, will die nachhaltige Entwicklung soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit erreichen. Ein wesentlicher Gradmesser dafür sind die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern.

Ziel: keine Lohndifferenzen aufgrund des Geschlechts

Zum Stand der Dinge

Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern betrug im Jahre 2002 im Kanton Basel-Stadt durchschnittlich 19,9%. Das Verhältnis des mittleren Lohnes von Frauen zu dem der Männern im Kanton Basel-Stadt hat sich in den letzten Jahren nicht merklich verändert und beträgt aktuell 0,8 (Abb. 43). In Basel ist der Lohnunterschied etwas kleiner als in der übrigen Schweiz: Im Jahr 2000 haben die Frauen in der Schweiz im Durchschnitt 21,3% und im Jahr 2002 20,7% weniger verdient als ihre männlichen Kollegen.

Auch bei gleicher Ausbildung und gleicher beruflicher Stellung ist der Lohn für Frauen tiefer als für Männer. Je nach Ausbildung verdienen Frauen zwischen 9% (Lehrpatent) und 26% (Matura) weniger als Männer. Je höher die Position auf der Karriereleiter, desto grösser wird das Lohngefälle. Die Lohndifferenz beim unteren Kader beträgt 17%, beim mittleren und oberen Kader aber bereits 26%.

Mehr als die Hälfte der voll- und hauptberuflichen Frauen in der Schweiz verdient weniger als 52 000 Franken pro Jahr (Bruttoeinkommen). Nur gerade 22% der Männer arbeiten für diesen Lohn oder weniger. Bei den Bestverdienenden (ab 104 000 Franken pro Jahr) machen die Männer 95% aus.

Die Entwicklung der Gleichstellung und die Stellung von Frau und Mann in der Gesellschaft lassen sich an der Zusammensetzung des Grossen Rates gut ablesen. Zwischen 1988 und 2004 stieg der Frauenanteil im Basler Grossen Rat von 26,9% auf 36,2% an (Abb. 44). Im gesamtschweizerischen Durchschnitt beträgt der Frauenanteil in den Kantonsparlamenten knapp 24% (2002). Basel-Stadt liegt in der Schweiz auf Platz eins. Die Kantonsparlamente von Basel-Landschaft und Bern haben ebenfalls einen Frauenanteil von über 30%.

Blick in die Zukunft

Die Zahlen zeigen, dass die Lohngleichstellung noch nicht erreicht ist und es deshalb auch von staatlicher Seite weiterer Anstrengungen bedarf.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Aufgabenfeld, das der Regierungsrat mit entsprechenden Projekten und Vorhaben verfolgt. So zum Beispiel mit dem Impulsprogramm für die Weiterentwicklung familienfreundlicher Unternehmenspolitik.

Die kantonale Verwaltung als grosser Arbeitgeber leistet bereits wichtige Beiträge zur Gleichstellung: Kinderbetreuung, erleichtertes Wiedereinstieg, Lohngleichheit, Gleichstellung im Betrieb oder Sensibilisierung der Öffentlichkeit sind Massnahmen, die auch in Zukunft weitergeführt werden müssen.

Erläuterungen

Verhältnis des mittleren Lohns (Median) von Frauen und Männern im Kanton Basel-Stadt. Berücksichtigt sind Erwerbstätige im privaten und öffentlichen Sektor aus allen Wirtschaftszweigen (ohne Landwirtschaft) und auf allen Anforderungsstufen. Um das Ziel «keine Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern» zu erreichen, sollte der Wert möglichst nahe bei 1 liegen.

Quellen: Lohnstrukturerhebung, Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch. Wahlergebnisse der Grossratswahlen im Kanton Basel-Stadt, www.grosserrat-bs.ch

Weiterführende Informationen

- Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen, Geschlechterdifferenzierte Rechnungsanalysen im Kanton Basel-Stadt, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch
- Gender-Report beider Basel 2004, Gleichstellungsbüro Basel-Stadt, Tel. 061 267 66 81, www.gleichstellung.bs.ch
- Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt, www.grosserrat-bs.ch
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Verhältnis der Löhne von Frauen und Männern

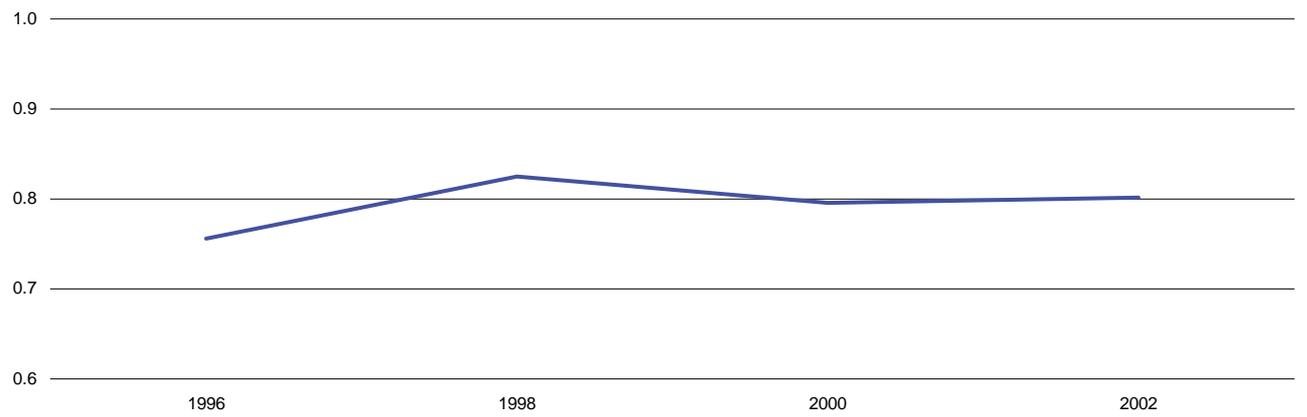


Abb. 43

Frauenanteil an den Grossrätinnen und Grossräten

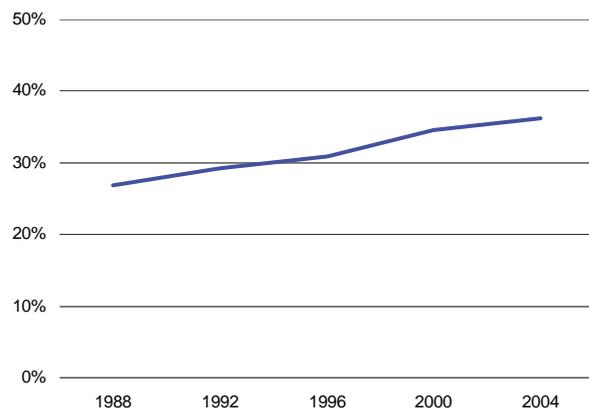


Abb. 44

Gewaltstraftaten

Zu den sozial wichtigen Aspekten einer nachhaltigen Entwicklung sind auch die körperliche Integrität und das Sicherheitsempfinden zu zählen. Das Gefühl von Sicherheit im persönlichen Umfeld, aber auch im Quartier und im weiteren städtischen Rahmen ist eine Voraussetzung für eine ausgewogene soziale Entwicklung.

Ziele: Verminderung der Kriminalität und Erhöhung von Sicherheit und Sicherheitsempfinden

Zum Stand der Dinge

Seit den 80er Jahren ist die Gewaltbereitschaft in Basel tendenziell ansteigend. Die Gesamtzahl der in Basel registrierten Gewaltstraftaten stieg 2004 auf den Höchstwert von 990 Delikten. Umgerechnet auf die Bevölkerung sind die Gewaltdelikte pro 100 000 Einwohner/-innen von 184 (1985) auf 408 pro Jahr (2004) gestiegen (Abb. 45).

In der Schweiz wurden im Jahre 2002 rund 168 Gewaltdelikte pro 100 000 Einwohner/-innen registriert. Der grosse Unterschied ist auf die urbane Situation von Basel zurückzuführen. So liegen die Werte in Zürich auf ähnlichem Niveau wie in Basel. Gesamtschweizerisch ist wie in Basel und Zürich ein klarer Trend zum Anstieg der Fälle sichtbar.

Die Zunahme der Gewaltdelikte in Basel-Stadt ist zu einem grossen Teil auf häufiger vorkommende Körperverletzungen zurückzuführen (Abb. 46). Seit Mitte der 80er Jahre hat sich deren Anzahl fast verdreifacht. 2004 wurden rund 540 Delikte dieser Art verübt. Auch die Anzahl der vorsätzlichen Tötungsdelikte nahm von 8 (1985) auf 22 Fällen (2004) zu. Trotz eher geringem Anteil an der gesamten Anzahl der Delikte gilt es, diese Zunahme besonders ernst zu nehmen.

Die Angst vor dem Verlust der körperlichen Integrität hat einen grossen Einfluss auf das psychische Wohlbefinden und das Sicherheitsgefühl. Vor diesem Hintergrund erstaunt es wenig, dass die Sicherheit für die Bevölkerung eine hohe Bedeutung hat.

Dennoch wird das Thema Sicherheit in der Bevölkerungsbefragung unterschiedlich eingeschätzt. Wie die im Frühjahr 2005 durchgeführte zweite Bevölkerungsbefragung zeigt, schwankt die Einschätzung der allgemeinen Sicherheit im Alltag je nach Geschlecht, Wohnort, Altersgruppe oder Einkommen stark: Der Anteil der Befragten, welche sich im Alltag ganz allgemein sehr sicher fühlen pendelt zwischen 47,5% und 63,7% (Abb. 47).

Blick in die Zukunft

Der objektiven und klaren Information der Bevölkerung ist weiterhin hohe Priorität einzuräumen. Ein wichtiger Pfeiler der Prävention bleibt die wahrnehmbare Präsenz der Polizei zu allen Tages- und Nachtzeiten im ganzen Kantonsgebiet. Die rasche und zielgerichtete Intervention bei Delikten trägt dazu bei, dass das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gestärkt wird.

Gezielte Projekte und Massnahmen zur Gewaltprävention der Kantonspolizei sowie der Abteilung Jugend, Familie und Prävention des Justizdepartements (u.a. Gewaltprävention an Schulen, Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt) bilden weitere Grundlagen zur Verminderung der Kriminalität und Erhöhung der Sicherheit.

Zudem bedarf es einer Strafjustiz, welche über die nötigen Ressourcen und gesetzlichen Instrumente für eine wirkungsvolle und erfolgreiche Strafverfolgung verfügt.

Erläuterungen

Als *Gewaltstraftaten* werden erfasst: vorsätzliche Tötungsdelikte (Strafgesetzbuch Artikel 111 bis 116), Körperverletzung (Strafgesetzbuch Artikel 122 und 123), Raub (Strafgesetzbuch Artikel 140) und Vergewaltigung (Strafgesetzbuch Artikel 190).

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch. Bevölkerungsbefragung des Kantons Basel-Stadt 2005, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/kennzahlen/bev2005

Weiterführende Informationen

- Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 71 71, www.sid.bs.ch
- Bevölkerungsbefragung des Kantons Basel-Stadt 2003, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/kennzahlen/bev2003
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch

Gewaltstraftaten pro 100 000 Einwohner/-innen

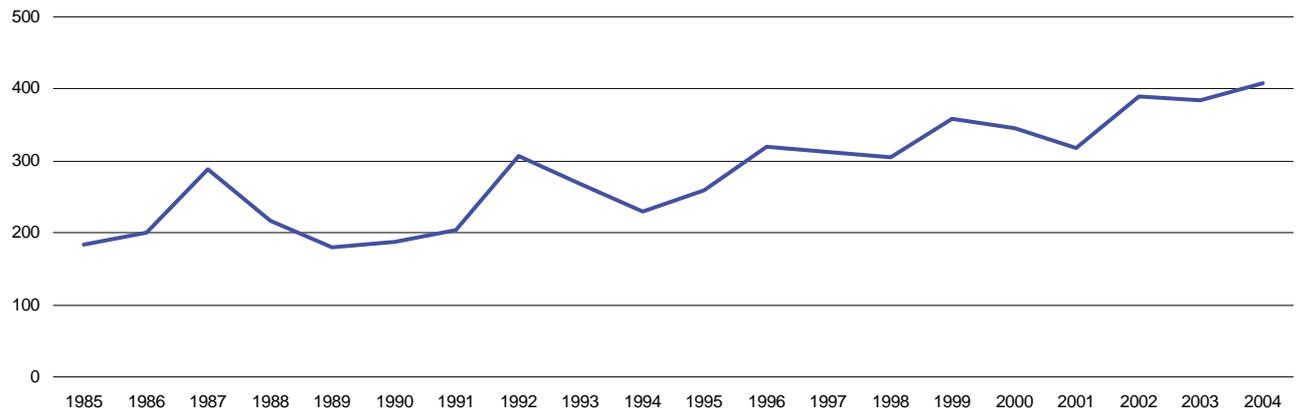


Abb. 45

Gewaltstraftaten nach Deliktart

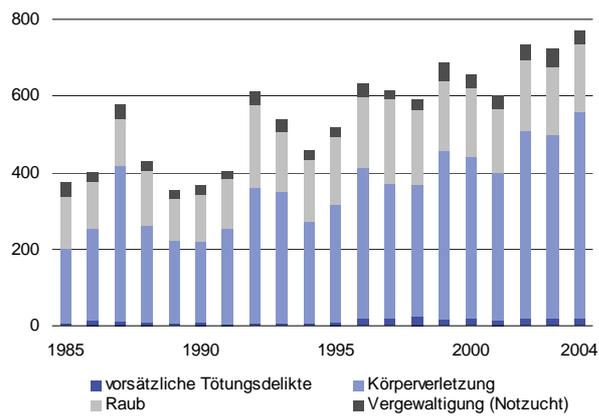


Abb. 46

Sicherheitsempfinden im Alltag im Jahr 2005

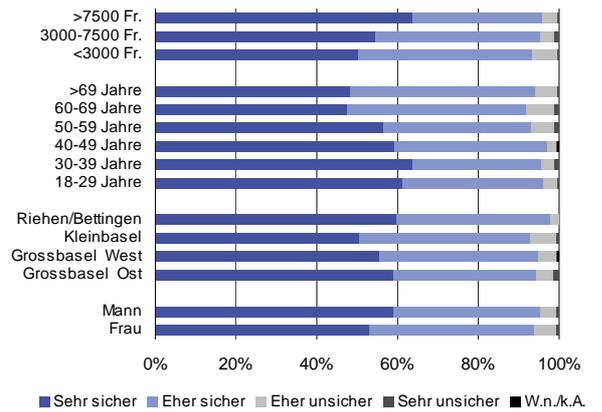


Abb. 47

Zufriedenheit

Die Zufriedenheit der Bevölkerung ist ein wichtiges Indiz dafür, ob die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte in einem gesunden Gleichgewicht sind. Die Auswertung der entsprechenden Frage aus der alle zwei Jahre stattfindenden Bevölkerungsbefragung beurteilt, ob dieses Ziel erreicht wird.

Ziel: grosse Zufriedenheit in der Bevölkerung

Zum Stand der Dinge

Die Bevölkerungsbefragung über die Zufriedenheit mit Basel wurde erstmals im Jahr 2003 durchgeführt. Die zweite Befragung fand Anfang 2005 statt und zeigt genauso wie die erste ein sehr positives Bild. Insgesamt leben 96% der Bevölkerung «sehr gerne» oder «eher gerne» im Kanton Basel-Stadt (Abb. 48).

Auch in den Städten Bern und Zürich wurden 2003 ähnliche Erhebungen durchgeführt (mit teilweise etwas anderen Fragestellungen). Der Anteil der befragten Personen, die sehr gerne oder gerne in Zürich oder Bern lebten, war auch sehr hoch: Für Zürich betrug der Wert 90%, für Bern 89%.

Am liebsten leben die Befragten aus Riehen und Bettingen im Stadtkanton: Beinahe alle Antwortenden aus diesen beiden Gemeinden wohnen entweder sehr (70,2%) oder eher gerne (29,2%) in Basel-Stadt. An zweiter Stelle steht der Wahlkreis Grossbasel Ost, wo 97,6% sehr oder eher gerne im Stadtkanton wohnen. Die negativen Antwortmöglichkeiten werden am häufigsten von Kleinbaslern/-innen gewählt: 1,6% der Befragungsteilnehmer/-innen dieses Wahlkreises leben ganz und 6,3% eher ungern im Kanton Basel-Stadt.

Im Jahr 2005 würden 66% der interviewten Personen ihren Wohnort nicht wechseln, wenn sie heute völlig frei entscheiden könnten. Auf einer 10er-Skala (1 = über-

haupt nicht gut, 10 = sehr gut) erhält die Lebensqualität in Basel-Stadt im Durchschnitt einen Wert von 7,4.

Die Zufriedenheit mit dem Wohnort zeigt für die verschiedenen Altersgruppen ein recht unterschiedliches Bild (Abb. 49). Bei den Jüngeren ist der Anteil der sehr zufriedenen Personen mit 59,72% (18 bis 29 Jahre) bzw. 52,2% (30 bis 39 Jahre) am kleinsten. Am höchsten ist der Anteil derjenigen, die gerne in einer der drei basel-städtischen Gemeinden leben, ab 60 Jahren: Von den 60- bis 69-Jährigen geben 66,9% an, sehr gerne in Basel zu wohnen, von den über 69-Jährigen sind es 70,9%.

Blick in die Zukunft

Eine hohe Zufriedenheit der Bevölkerung ist zwar kein Garant für eine nachhaltige Entwicklung, ist aber sehr positiv zu werten. Der Kanton Basel-Stadt hat mit seiner Politik einen direkten Einfluss auf die Zufriedenheit seiner Bewohner/-innen. Diese reflektiert auch eine allgemeine Einstellung zur Politik und zu den kantonalen Einrichtungen. Die regelmässige Durchführung von Bevölkerungsbefragungen dürfte in Zukunft als Instrument der Politikplanung noch wichtiger werden. Der im 2005 erschienene Familienbericht enthält weitere Informationen dazu, wie es um die Attraktivität von Basel-Stadt steht.

Quelle: Bevölkerungsbefragung des Kantons Basel-Stadt 2003 und 2005, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Tel. 061 267 87 27, www.statistik.bs.ch/kennzahlen/bev2003 und www.statistik.bs.ch/kennzahlen/bevbef05

Weiterführende Informationen

- Bevölkerungsbefragung der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung, www.stadtentwicklung-zuerich.ch
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich, Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich, www.stadtentwicklung-zuerich.ch
- Einwohnerbefragung der Stadt Bern, Statistikdienste Stadt Bern, www.bern.ch/stadtverwaltung/prd/stadtentwicklung/statistik/einwohnerbefragung
- Bevölkerungsbefragung der Stadt St. Gallen, Statistisches Amt des Kantons St. Gallen, www.statistik.sg.ch

Anteil der Befragten, die sehr gerne oder eher gerne im Kanton Basel-Stadt leben

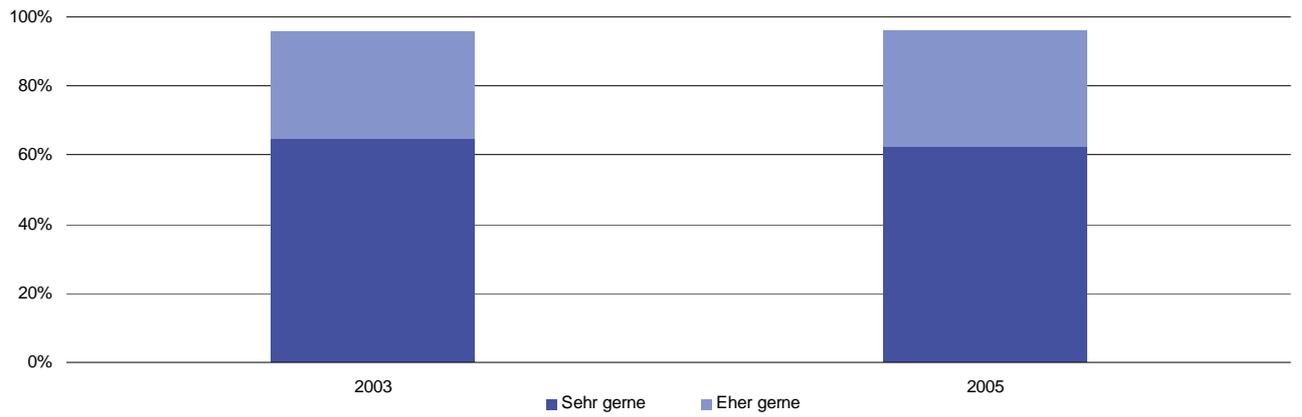


Abb. 48

Zufriedenheit mit dem Wohnort nach Alter im Jahr 2005

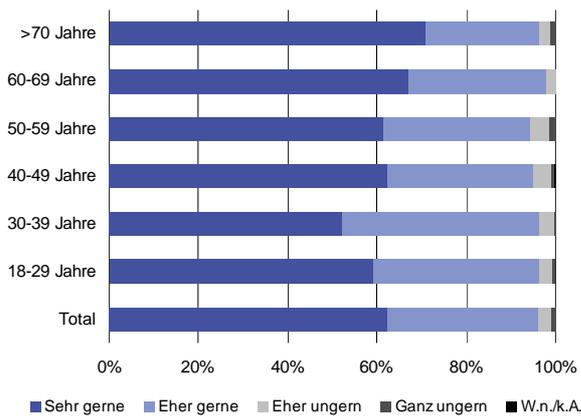


Abb. 49

Fazit

Mit dem Vorliegen dieses aus 21 Indikatoren bestehenden Monitoringsystems ist es erstmals möglich, einen Überblick über Fortschritte und Defizite des Kantons Basel-Stadt auf dem Nachhaltigkeitskurs zu erhalten.

Die Analyse der ausgewählten Indikatoren macht deutlich, dass in allen drei Nachhaltigkeitsbereichen – Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft – Entwicklungen im Sinne einer nachhaltigen Zukunft zu erkennen sind. Sie macht aber auch deutlich, dass sich Basel bei den typisch urbanen Erscheinungen noch verbessern muss: Probleme bei der Luft- und der Lärmbelastung, relativ hohe Arbeitslosigkeit, zunehmender Anteil an Personen, welche auf existenzsichernde Leistungen des Kantons angewiesen sind, Kriminalität und hohe Verschuldung des öffentlichen Haushalts. Andererseits bestehen im städtischen Raum grosse Chancen, eine nachhaltige Entwicklung auch umzusetzen. Die überdurchschnittliche Wirtschaftskraft, eine tendenziell ressourcensparende Lebensweise, die hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Leistungen der öffentlichen Hand sowie dem städtischen Leben insgesamt eröffnen gute Perspektiven. Aufgrund der vorliegenden Daten sind drei Stossrichtungen auszumachen:

Wirtschaftskraft garantieren

Basel will als Kernstadt auch künftig der Motor einer starken trinationalen Agglomeration sein. Die laufende Verbesserung und Stärkung innovationsfördernder Rahmenbedingungen für Unternehmen mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Wertschöpfung, der Steigerung der Anzahl der Beschäftigten sowie der Vermeidung hoher Arbeitslosigkeit müssen prioritär bleiben. Nur so können schliesslich auch finanzpolitische Postulate wie eine die zukünftige Generationen nicht stärker belastende Verschuldung eingelöst werden.

Emissionen vermindern

Besonders bei den CO₂-Emissionen besteht Anlass zum Handeln, damit die Ziele des schweizerischen CO₂-Gesetzes – Reduktion um 10% bis 2010 – erreicht werden können. Trotz deutlicher Verbesserungen ist die Luftbelastung durch Stickstoffdioxid, Feinstaub und Ozon nach wie vor zu hoch. Aber auch bei den Lärmemissionen müssen die Anstrengungen vorangetrieben werden.

Die Stadt als Brennpunkt gesellschaftlicher Entwicklungen

Speziell bei den typisch urbanen Phänomenen ist der Hebel anzusetzen: Die Anzahl der Sozialhilfeempfän-

ger/innen muss verringert oder zumindest stabilisiert und die Armutsrisiken müssen herabgesetzt werden. Dazu muss auch die Integrationspolitik mit ihren Förder- und Forderbereichen weiter gestärkt werden. Die objektive und klare Information zur Kriminalität sowie die Prävention von Gewaltstraftaten muss vorangetrieben werden.

Eine wichtige Aufgabe in den kommenden Jahren ist es, die langfristige Entwicklung der verschiedenen Nachhaltigkeitsbereiche zu verfolgen. Wo bei Sachverhalten quantitative Zielvorgaben fehlen, können Quervergleiche mit anderen Städten eine Beurteilung ermöglichen. Zum Beispiel ist ein Teil der Indikatoren direkt mit denjenigen der Stadt Zürich vergleichbar. Durch die Integration ausgewählter Indikatoren in den jährlich erscheinenden Politikplan fliesst der Nachhaltigkeitsgedanke in das mittelfristige Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates ein und garantiert die ausgewogene Berücksichtigung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Alle drei Aspekte müssen für eine dauerhafte und zukunftsfähige Kantonsentwicklung zusammenwirken.

Ein Bilanzbericht in der vorliegenden Form ist alle vier Jahre vorgesehen. Die jeweils aktuellsten Kennzahlen sind auf der Homepage des Statistischen Amtes publiziert.